

## FILM

Hexenjagden in  
Kenia – damals  
und heute

## ROMAN

Muslimisches  
Liebespaar in  
Mumbai

## AUSSTELLUNG

Hamburger Hommage  
an ermordeten  
afrikanischen König



# Problem Rassismus

SCHWERPUNKT

# Problem Rassismus

## Amerikanische Wunden

Mexikaner indigener oder afrikanischer Abstammung werden diskriminiert. „Mestizaje“, das Ideal ethnischer und kultureller Durchmischung, verschleiert die systematische Benachteiligung, wie die Politikwissenschaftlerin Virginia Mercado von der Universidad Autónoma del Estado de México (UNAM) beanstandet. Die Geschichte rassistischen Denkens in den USA hat der schwarze Historiker Ibram X. Kendi untersucht. Hans Dembowski von E+Z/D+C stellt die wichtigsten Einsichten aus seinem Buch vor. **SEITEN 17, 19**

## Afrika braucht neue Narrative

Im kolonialen Kenia zementierte Rassismus die Macht der Elite; nun tut das Tribalismus. Spitzenpolitiker nutzen ihn auf manipulative Weise, konstatiert der Journalist Alphonce Shiundu. In der südafrikanischen Politik spielt Hautfarbe weiterhin eine große Rolle. Das Land braucht einen neuen Diskurs, der Verbindendes betont, fordert Jakkie Cilliers, Gründer des zivilgesellschaftlichen Institute for Security Studies. **SEITEN 21, 23**

## Destruktives Schönheitsideal

Mit Hautaufhellungscremes wird viel Geld verdient. Das zeigt, dass rassistische Vorstellungen Schönheitsideale prägen, wie die Entwicklungsberaterin Mahwish Gul feststellt. **SEITE 26**

## Ausgrenzung in Asien

Die Dalits, die früher die „Unberührbaren“ genannt wurden, werden in Nepal diskriminiert. Der Staat sollte die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft schützen, schreibt die Juradozentin Rukamane Maharjan von der Tribhuvan-Universität in Kathmandu. In Indonesien halten Vorurteile gegen Menschen chinesischer Abstammung an, obwohl diskriminierende Gesetze abgeschafft wurden, wie die Journalistin Edith Koesoemawiria aus Jakarta berichtet. **SEITEN 27, 29**

## Europas übergangene Minderheit

Die Geschichte der Roma, zu denen heute rund 12 Millionen Europäer gehören, ist geprägt von Ausgrenzung und Verfolgung. Besonders schlimm war es unter den Nazis, aber Vorurteile und Diskriminierung bestehen fort. Die EU will dem zwar ein Ende setzen, Integration muss aber auf nationalstaatlicher Ebene erfolgen. Sheila Mysorekar, Projektmanagerin bei der Deutschen Welle Akademie, erläutert die Lage. **SEITE 31**

## Sommer-Special: Film, Literatur, Kultur

Aviva Freudmann: Dokumentarfilm über moderne Hexenjagd in Kenia | Sinikka Dombrowski: Jugendfilm über Rassismus in der heutigen Gesellschaft | Hans Dembowski: Liebesroman schildert modernes muslimisches Leben in Mumbai | Dagmar Wolf: Roman über Flucht und Traumata eines Paares aus Aleppo | Katja Dombrowski: Dokumentarfilm begleitet den Kampf der Chagossianer um ihre geraubten Inseln | Sabine Balk: Dokumentarfilm über die Vision einer regenerativen, klimafreundlichen Landwirtschaft | Anke Schwarzer: Ausstellung über die deutsche Kolonialzeit in Kamerun | Nowadays von Raphael Mweninguwe: Malawi lehnt abgelaufene Corona-Impfstoffe ab | Impressum **4**

## Schwerpunkt: Problem Rassismus



<b>VIRGINIA MERCADO</b>	
Integrative „Mestizaje“-Rhetorik verschleiert Mexikos tief verwurzelten Rassismus	<b>17</b>
<b>HANS DEMBOWSKI</b>	
Der schwarze Historiker Ibram X. Kendi zieht Lehren aus der US-Geschichte	<b>19</b>
<b>ALPHONCE SHIUNDU</b>	
In Kenia herrscht Tribalismus – der Ruf nach nationaler Einheit ist oft manipulativ	<b>21</b>
<b>JAKKIE CILLIERS</b>	
Auf welche Weise Hautfarbe in Südafrikas Politik noch wichtig ist	<b>23</b>
<b>MAHWISH GUL</b>	
Schönheitsvorstellungen und Aufhellungscremes	<b>26</b>
<b>RUKAMANE MAHARJAN</b>	
Trotz gesetzlichem Schutz erleiden Dalits in Nepal Diskriminierung	<b>27</b>
<b>EDITH KOESOEMAWIRIA</b>	
In Indonesien werden chinesischstämmige Menschen ausgegrenzt	<b>29</b>
<b>SHEILA MYSOREKAR</b>	
Antiziganismus ist in Europa tief verwurzelt und muss auf nationalstaatlicher Ebene überwunden werden	<b>31</b>

## Hautfarbe und Wohlstand entkoppeln

Rassismus ist menschenverachtend, verletzend und diskriminierend. Er widerspricht dem Grundsatz, dass alle Menschen gleich viel wert sind und ihnen die gleichen Rechte und Chancen im Leben zustehen. Obwohl dieser Grundsatz Konsens sein sollte, gibt es Rassismus nach wie vor in allen Teilen der Welt, und seine Folgen sind so zahlreich wie verheerend – für die individuellen Opfer, aber auch für ganze Gesellschaften.

Systemischer Rassismus bewirkt, dass bestimmte Menschen, zum Beispiel mit dunkler Hautfarbe, ärmer sind als andere, schlechtere Bildungschancen und Jobmöglichkeiten haben, schwerer eine Wohnung finden oder vor Gericht benachteiligt sind. Im schlimmsten Fall erfahren sie Gewalt, bis hin zu tödlicher Gewalt – sogar von denjenigen, deren Aufgabe ihr Schutz ist: Polizisten. Beispiele dafür gibt es nicht nur in den USA, wo einige schockierende Fälle die Black-Lives-Matter-Bewegung groß gemacht haben.

Doch so weit muss es gar nicht gehen. Auf dem Schulhof wegen äußerer Merkmale herabgewürdigt zu werden, auf der Straße beleidigende Ausdrücke zu hören oder im Geschäft, im Fitnessstudio oder im Bus abfällig behandelt zu werden – all das kann das Selbstwertgefühl mindern. Wer stets wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt wird, verhält sich irgendwann auch so.

Dass institutioneller Rassismus fortbesteht, liegt unter anderem daran, dass unterdrückte Gruppen von Machtpositionen ferngehalten werden. Dazu müssen sie noch nicht einmal in der Minderheit sein: Im südafrikanischen Apartheidsregime herrschte die weiße Minderheit, und in vielen asiatischen Ländern haben heutige Eliten hellere Haut als die Mehrheit der Menschen. Es ist Teil der Diskriminierung, dass die Interessen der Betroffenen nicht angemessen berücksichtigt werden – und sich somit nichts ändert.

Diesen Teufelskreis gilt es zu durchbrechen. Dafür bilden Gesetze eine wichtige Grundlage: Recht muss für alle gleich gelten. Quotenregelungen bei Arbeits- oder Studienplätzen (auf US-Englisch „affirmative action“) können helfen, eklatante Missverhältnisse auszugleichen. Allerdings können sie auch Ressentiments bei denen wecken, die nicht davon profitieren.

Es ist Aufgabe von Politik, Justiz und Gesellschaft, Chancengerechtigkeit herzustellen und Hautfarbe von Wohlstand zu entkoppeln. Die breiteste gesamtgesellschaftliche Akzeptanz erfahren dabei in der Regel Maßnahmen, die nicht nur diskriminierten Gruppen zugutekommen, sondern allen benachteiligten Menschen. Am besten funktionieren universelle Sozialleistungen, die im Prinzip alle bekommen können, die darauf angewiesen sind. Individuell spielt für den Bezug Herkunft, Hautfarbe, ethnische Zugehörigkeit oder Geschlecht also keine Rolle. Benachteiligte Gruppen profitieren aber besonders, weil in ihnen der Anteil der Bezugsberechtigten überdurchschnittlich groß ist.

Rassistische Vorstellungen sind oft tief verwurzelt, auch bei Menschen, die sich selbst nicht als Rassisten sehen. Hier gilt es ebenfalls anzusetzen: durch Aufklärung und Sensibilisierung, durch Vorbilder und Erfahrungen, die jede und jeder machen kann. Die meisten Vorbehalte gegenüber Schwarzen in Deutschland gibt es dort, wo die wenigsten leben. Doch auch wenn sich die Gesellschaft öffnet, wird es vermutlich immer Rassisten geben. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass sie nicht an den entscheidenden Hebeln sitzen, keine Macht über andere ausüben und keine Waffen tragen. Das ist kein „umgekehrter Rassismus“ – sondern Menschenschutz.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



**KATJA DOMBROWSKI**  
ist Redakteurin von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.  
euz.editor@dandc.eu

## Sommer-Special



### Gesicht der Anti-Rassismus-Bewegung

Der Spielfilm „The Hate U Give“ basiert auf dem gleichnamigen Debütroman der US-amerikanischen Autorin Angie Thomas, der 2017 erschien und auf einer wahren Begebenheit beruht. Behandelt werden Themen wie Privilegien von Weißen und Rassismus auf eine Art, die vor allem Jugendliche anspricht – dank einer spannenden Geschichte und einer charismatischen Protagonistin, findet die Schülerin Sinikka Dombrowski.

SEITE 7

### Der Bienenhüter aus Aleppo

Nuri und seine Familie aus dem syrischen Aleppo haben alles verloren, sind traumatisiert, aber geben doch die Hoffnung nicht auf. Mit ihrem Buch „Das Versprechen des Bienenhüters“ macht eine junge Autorin auf das Schicksal von abertausenden Geflüchteten aufmerksam. Unsere Redaktionsmitarbeiterin Dagmar Wolf hat das Buch beeindruckt.

SEITE 9



### Hommage an einen ermordeten König

Eine Ausstellung in Hamburg über die deutsche Kolonialzeit in Kamerun setzt sich mit Widerstand, Rassismus und Erinnerungskultur auseinander. Facettenreiche Objekte und historische Dokumente erzählen unter anderem die weithin vergessene Geschichte des jungen Königs Rudolf Duala Manga Bell aus Kamerun. Die Schau richtet sich vor allem auch an Jugendliche und Familien und soll ihr Bewusstsein für das Thema sensibilisieren, schreibt die freie Journalistin Anke Schwarzer.

SEITE 12

# Sommer-Special

Das diesjährige Sommer-Special bietet wieder einen Mix künstlerischer Werke: Die E+Z/D+C-Redaktion stellt Bücher, Filme und eine Ausstellung mit Bezug zu entwicklungspolitischen Themen vor. Wir würden uns freuen, Ihnen, unserer Leserschaft, mit unseren Empfehlungen eine Anregung zum Lesen oder Anschauen zu geben.





Die 94-jährige Margaret, hier bei einer Hochzeitsfeier, muss sich gegen den Vorwurf der Hexerei verteidigen.

SOMMER-SPECIAL

## Hexenjagd, heute und damals

**In Ostkenia werden Anschuldigungen der Hexerei erfunden, um ältere Menschen – meist Frauen – aus ihren Häusern zu vertreiben. Ein bewegender und scharfsichtiger Dokumentarfilm zeigt die Verbreitung von Hexenjagd im heutigen Kenia.**

Von Aviva Freudmann

Zwischen 1912 und 1915 führte die ältere Witwe Mekatilili wa Menza eine Revolte des Giriama-Stammes gegen die britischen Kolonialherren in Ostkenia an. Die wohl recht charismatische Mekatilili lief von Dorf zu Dorf, hielt Reden und leitete energische Darbietungen des traditionellen Kifudu-Tanzes an, um den Widerstand gegen die Briten anzufachen.

Die Kolonialherren waren wenig begeistert. Der Regionalverwalter Arthur Champion ließ Mekatilili verhaften und in ein Gefängnis im Westen Kenias bringen. Sie entkam, lief nach Hause und setzte ihren Protest fort. Champion ließ sie erneut

verhaften und bezeichnete sie als Hexe. Zugleich orderte er Truppen an, große Landstriche zu beschlagnahmen und die Häuser der Protestler niederzubrennen.

Ein Jahrhundert vorgespult. In der Region, in der Mekatilili verfolgt und ihre Leute enteignet wurden, werden ältere Frauen (und wenige Männer) weiterhin als Hexen oder Zauberer bezeichnet und vertrieben. Diesmal aber sind die Verfolger Familienmitglieder der Opfer, die das Land der Alten an sich reißen wollen.

Diese moderne Hexenjagd ist das Thema von „The Letter“, einem Dokumentarfilm des in Kenia ansässigen Ehepaars Maia Lekow, Musikerin und Filmemacherin mit Wurzeln in Ostkenia, und dem australischen Filmemacher Christopher King. Der Film erzählt die Geschichte von Margaret, einer älteren Frau, die im ostkenianischen Kaloleni lebt und von der eigenen Familie der Hexerei bezichtigt wird.

Eigentlich wollten die Filmemacher Mekatililis Geschichte erzählen. Doch ihr

Projekt, an dem sie sechs Jahre arbeiteten, wurde zur Untersuchung der modernen Parallele dieser Geschichte: Verfolgung, Raub und sogar Mord an alten, der Hexerei bezichtigten Menschen.

Den Filmemachern nach berichtet die lokale Presse von monatlich rund zehn derartigen Morden, neben hunderten Familienstreitigkeiten um Land und Erbe. Oft werden die Alten per Brief aufgefordert zu gehen, ehe man sie umbringt. Wohltätigkeitsorganisationen haben in der Region Zufluchtstätten eingerichtet für alte Menschen, die solchen Gefahren ausgesetzt sind.

„The Letter“ ist nach einem solchen Brief benannt, den Margaret anonym erhalten hat. Darin wird ihr unterstellt, eine Hexe zu sein und einen Fluch auf die Familie gelegt zu haben. Zeitgleich warnt ein Facebook-Post vor einer „Alten (in Kaloleni), die Kinder ermordet“. Margarets Enkelsohn Karisa, der in Mombasa arbeitet, liest diesen Post und fährt in seine Heimatstadt, um die Sache zu untersuchen.

Durch vorsichtiges Nachfragen findet Karisa heraus, dass ein Onkel namens Furaha hinter der Drohung steckt. Nach dem Tod seiner Mutter war Furaha bei Margaret, deren Schwester, aufgewachsen. Traditionsgemäß hatte Furahas Vater

daraufhin Margaret geheiratet, die Furaha und seine Geschwister, zusammen mit ihren eigenen Kindern aus der Ehe mit Furahas Vater, aufzog. Der „adoptierte“ Sohn fühlte sich nie als Margarets richtiger Sohn und sorgte sich um seinen Anteil an ihrem Erbe.

Furahas Anschuldigungen, vor allem aus Aberglauben und Praktiken der Pfingstkirche gespeist, spalten die Familie. Um des lieben Friedens willen und zu ihrer Sicherheit willigt Margaret ein, eine Art Reinigungszeremonie über sich ergehen zu lassen durch einen selbsternannten Priester, den Furaha aus Mombasa mitbringt.

Der sogenannte Priester zwingt Margaret zu schwören, keine Hexe zu sein. Er dreht den Lautsprecher ohrenbetäubend laut auf, um die Spannung zu erhöhen, und verbreitet Angst. „In sieben Tagen wird Gott

erscheinen,” ruft er. „Ich bete dafür, dass keiner sterben oder erblinden wird.“

Margaret sitzt mit den Frauen aus ihrer Familie und Karisa sowie ihrem eigenen lokalen Priester an der Seite stoisch etwas abseits davon. Sie ist präsent, weigert sich aber, an der Scheinzeremonie teilzunehmen. Schließlich verlassen die Eindringlinge aus Mombasa und Furaha mit seinen Unterstützern die Szene mit der Warnung, in den nächsten sieben Tagen zeige sich, ob Margaret eine Hexe sei. Die sieben Tage verstreichen ohne Zwischenfall. Die zu dieser Zeit 94-jährige Margaret darf den Rest ihrer Tage somit einigermaßen friedlich verbringen.

„The Letter“, wunderschön gefilmt, mit einem nahen Zugang zur Familie und begleitet von eindrucklicher Filmmusik von Maia Lekow, ist eine abschreckende Ge-

schichte. Margaret hat die Tortur und den versuchten Rufmord überlebt – viele Gleichaltrige in der Region hatten weniger Glück.

Zufälligerweise kam Margaret 1925, ein Jahr nach dem Tod Mekatililis, zur Welt. Keine dieser mutigen und starken Frauen war eine Hexe. Aber die Gefahr, als Hexe verfolgt zu werden – was beide mit Mut und Würde ertrugen –, besteht leider bis zum heutigen Tag.

#### FILM

**The Letter, 2019, Kenia, Regie: Maia Lekow und Christopher King.**



**AVIVA FREUDMANN**  
ist freie Journalistin in  
Frankfurt.

[frankfurterin2009@gmx.de](mailto:frankfurterin2009@gmx.de)

#### SOMMER-SPECIAL

## Vom schüchternen Mädchen zum Gesicht einer Bewegung

**„The Hate U Give“ ist ein Film, der drängende Themen wie Privilegien von Weißen und Rassismus auf eine Art behandelt, die vor allem Jugendliche anspricht – dank einer spannenden Geschichte und einer charismatischen Protagonistin.**

**Von Sinikka Dombrowski**

Der Spielfilm „The Hate U Give“ basiert auf dem gleichnamigen Debütroman der US-amerikanischen Autorin Angie Thomas, der 2017 erschien und auf einer wahren Begebenheit beruht. Im Jahr 2009 erschossen Polizeibeamte einen unbewaffneten schwarzen Mann namens Oscar Grant in Oakland, Kalifornien. Anders als ihre Klassenkameraden sah Thomas Grant nicht als Verbrecher, sondern als Unschuldigen, der auch ihr Nachbar hätte sein können.

Starr Carter, die Hauptfigur, spricht in einer Art, die von den „weißen Medien“ als angemessen angesehen wird, während sie

gleichzeitig einen beeindruckenden Bericht über Polizeibrutalität liefert. Thomas' Werke fallen in die Kategorie „Post-Blackness-Literatur“, da sie das Bewusstsein verbreitet, dass Schwarze in Amerika immer noch diskriminiert werden. Manche Kritiker meinen, „The Hate U Give“ habe einen autobiografischen Touch, da Thomas selbst – genau wie Starr – zwischen den sehr unterschiedlichen Welten ihres „weißen“ Colleges und ihres Wohnviertels hin- und herwechseln musste.

Eines Tages lässt sich Starr nach einer Party von ihrem Kindheitsfreund Khalil Harris nach Hause fahren, als sie von der Polizei angehalten werden. Der Beamte bittet Khalil auszusteigen. Als sich Khalil ins Fenster lehnt, um nach Starr zu sehen, und nach einer Haarbürste greift, erschießt der Polizist Khalil. Er hielt die Bürste für eine Waffe.

Khalils Geschichte ist überall in den Nachrichten, aber Starrs Identität als Zeu-

gin wird geheim gehalten. Es belastet sie sehr, dass sie nichts gegen die Gerüchte sagen kann, die Khalil als Drogendealer mit Bandenverbindungen darstellen. In einem anonymen Interview verteidigt sie Khalil. Dort erwähnt sich auch die King Lords, eine Drogendealer-Gang, die mit Gewalt Starrs Wohngebiet kontrolliert und die Anwohner bedroht.

Daraufhin bedroht die Bande Starr und ihre Familie. Sie müssen schließlich bei Starrs Onkel Carlos einziehen, der Polizist ist. Carlos erklärt Starr, dass er in Khalils Fall nichts tun könne, da er als Schwarzer bei der Polizei seinen guten Ruf bewahren müsse. Er versucht Starr davon zu überzeugen, dass es wichtiger sei, seine Familie zu beschützen, als seine Meinung zu sagen.

Nachdem ein Gericht den Polizisten, der für Khalils Tod verantwortlich ist, freispricht, beginnen die Menschen aus Starrs und Khalils Viertel Garden Heights unter dem Motto „Gerechtigkeit für Khalil“ zu demonstrieren. Starr beschließt, sich während der Proteste öffentlich als Zeugin von Khalils Tod zu erkennen zu geben.

Das führt jedoch zu Spannungen mit ihren Schulfreunden. Hailey Grant, eine von Starrs besten Freundinnen, verteidigt den Polizisten, der Khalil erschossen hat, sogar. Sie argumentiert, er habe richtig reagiert, wenn er die Bürste für eine Waffe gehalten habe. Hailey beschuldigt Khalil, den



Amandla Stenberg als Starr Carter in „The Hate U Give“.

Beamten provoziert zu haben, und glaubt den Medien mehr als Starr.

Schließlich wird Starr zum Gesicht der Proteste gegen Polizeigewalt in Garden Heights. Sie wird überall in den Nachrichten als das Mädchen dargestellt, das wollte, dass Khalil als der fürsorgliche Junge in Erinnerung bleibt, der er war, und nicht als Krimineller. Bei den Protesten schwört sie, Khalils Namen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Die Demonstranten bleiben friedlich, aber Mitglieder der King Lords mischen sich unter die Leute und werfen Sprengsätze auf das Geschäft von Starrs Vater Maverick. Starr und ihr Halbbruder Seven werden in dem brennenden Gebäude eingesperrt. Die zwei entkommen, aber Mavericks Geschäft ist fast komplett zerstört.

Als die Proteste zu Ende gehen, fangen die Anwohner von Garden Heights an, sich gegen King zu wehren. Der Bandenchef landet schließlich im Gefängnis. Starr verspricht, die Erinnerung an Khalil lebendig zu halten und weiterhin gegen Polizeigewalt und Rassismus zu kämpfen.

Starr wird sehr gut von Amandla Stenberg porträtiert, einer amerikanischen

Sängerin und Schauspielerin. Es gefällt mir besonders, wie sie von einem schüchternen Mädchen zum Gesicht der Protestbewegung wird. Khalils Tod macht ihr klar, wie präsent das Problem Rassismus in der heutigen Gesellschaft immer noch ist, sogar bei Menschen, deren Aufgabe es ist, die Bürger zu beschützen. Im Laufe des Films entwickelt sie sich für viele der anderen Charaktere zum Zeichen der Hoffnung.

Starrs Rolle ist sehr inspirierend, da sie zeigt, wie wichtig es ist, seine Stimme zu nutzen und die Dinge anzusprechen, die einen bewegen. „The Hate U Give“ macht deutlich, dass eine Einzelne etwas erreichen kann, wenn sie genug Unterstützung von den Menschen um sie herum bekommt. Starr kann in vielerlei Hinsicht als Vorbild dienen, aber am beeindruckendsten ist es, dass sie ihre eigene Sicherheit aufs Spiel setzt, um dafür zu sorgen, dass Khalil nicht umsonst gestorben ist.

„The Hate U Give“ behandelt wichtige Themen wie die Privilegien von Weißen, Rassismus und Diskriminierung. Ich finde es wichtig, Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass Schwarze in den USA immer noch

als Verbrecher hingestellt werden. Thomas wollte junge Menschen dazu auffordern, ihre Meinung zu sagen – was ihr sehr gut gelungen ist.

Mir gefällt, dass die Geschichte auf wahren Geschehnissen aufgebaut ist und wie die Autorin anderen Opfern von Polizeigewalt durch ihre Protagonistin eine Stimme gibt. Die Tatsache, dass Fälle wie der von Khalil im echten Leben passieren, ist beängstigend – aber wichtig zu wissen. Darüber hinaus ist der Film sehr gut gemacht, und besonders die Darstellung der Demonstrationen ist sehr realistisch. Ein paar Szenen sind jedoch etwas brutal, weshalb ich es gut finde, dass der Film erst ab 12 Jahren freigegeben ist.

#### FILM

**The Hate U Give, 2018, USA, Regisseur: George Tillman, Jr.**



**SINIKKA DOMBROWSKI**  
ist Schülerin.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

SOMMER-SPECIAL

## Faszinierend – ohne Sicherheit

„Die Stadt, das Meer, die Liebe“ spielt in Mumbai (ehemals Bombay). In diesem Liebesroman porträtiert Rahman Abbas muslimisches Leben in der multikulturellen Mega-Stadt. Im Gegensatz zu vielen Bestsellern aus Indien beschäftigt sich dieses Buch intensiv mit dem Leben der ärmeren Bevölkerung.

Von Hans Dembowski

Ich wünschte, alle Islamskeptiker und -kritiker weltweit würden dieses Buch lesen. Es könnte ihre Haltung ändern. Sie nehmen eine bedrohliche, homogene Religionsgemeinschaft wahr, aber Abbas beschreibt eine ausgesprochen diverse und teils sogar gesplante Gesellschaftsgruppe. Manche deutsche Konservative glauben, Muslime hielten sich strikt an Dogmen aus dem siebten Jahrhundert, aber Abbas erzählt von jungen Menschen die alle Facetten einer modernen Großstadt erkunden, einschließlich vorehelichem Sex, latent gewalttätiger Politik oder auch Kneipen und Restaurants. Hindu-Chauvinisten klagen, die muslimische Mehrheit bedrohe sie, aber den Protagonisten von Abbas ist klar, dass sie selbst früher oder später Pogromopfer werden können.

Die beiden Hauptfiguren sind Asrar und Hina. Asrar ist ein junger Mann, der auf Arbeitssuche von einem Küstendorf in die Millionenstadt gekommen ist. Er teilt sich einen Wohnraum mit mehreren anderen. Sie leben in Armut, sehen aber vor allem die Chancen, die ihnen die Stadt bietet. Hina dagegen kommt aus einer wohlhabenden Mittelschichtsfamilie und leidet unter einem Phänomen, das viele Europäer eher für ein Thema westlicher Nationen halten dürften: Sie fühlt sich zwischen ihren getrennt lebenden Eltern hin und hergerissen. Zugleich erwägt sie verschiedene Studien- und Berufsideen.

Die beiden verlieben sich und werden ein Paar. Ihre Beziehung überbrückt tiefe soziale Gräben, obwohl sie beide Muslime sind. Der Islam definiert nämlich nur kulturelle Dimensionen ihrer Identität, und nicht

ihre Identität schlechthin. Sie lassen sich im Alltag von Neugier leiten, nicht vom Koran.

Der Roman von Abbas unterscheidet sich von Bestsellern über Indien, wie sie Amitav Ghosh, Shashi Tharoor or Jhumpa Lahiri verfasst haben. Abbas schreibt nicht aus der Perspektive der höheren Mittelschicht. Er ist in einem Slum in Mumbai aufgewachsen (siehe seinen Aufsatz im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2021/01) und kennt das harte Leben von Binnenmigranten. Die Betonung säkularer lebensweltlicher Prinzipien verbindet ihn allerdings mit den Bestsellerautoren.

Abbas porträtiert Mumbais Muslime, die mindestens ein Fünftel der Bevölkerung stellen. Er lässt keinen Zweifel daran, dass die Multikulturalität des Ballungsraums von allen sozialen Gruppen geprägt wird. Hindu-Chauvinisten mögen die Stadt für sich beanspruchen, aber sie würden deren Seele töten, wenn sie wirklich alle anderen ausgrenzen könnten.

Den Hintergrund der Handlung bildet das Hochwasser, das 2005 große Teile der Stadt überflutete. Zwölf Jahre zuvor tobten hier antimuslimische Pogrome. Der Großraum Mumbai bietet rund 20 Millionen Menschen eine Heimat, aber nichts ist

so sicher, wie es in Berlin, Paris oder London wäre. Elend und Dreck sind nicht zu übersehen, aber für die Protagonisten von Abbas ist das Leben hier attraktiver und faszinierender als irgendwo außerhalb der Stadt.

Das Buch erschien im Original auf Urdu mit dem Titel „Rohzin“. Diese Sprache ist eng mit Hindi verwandt, ihr Alphabet beruht aber auf der arabischen Schrift, und ihre Regeln wurden während des Moguln-Reichs festgelegt. Heute ist Urdu die offizielle Staatssprache Pakistans, wird aber auch in Indien weiter verwendet.

Südasiatische Rezensenten halten „Rohzin“ für einen Wendepunkt in der Urdu-Literatur. Wie Abbas ohne große Rücksicht auf Traditionen den zeitgenössischen Alltag infrage stellt, ist in der Tat hochmodern. Für dieses Buch wurde der Autor mit dem wichtigsten indischen Literaturpreis, dem Sahitya Academi Award, ausgezeichnet. Die deutsche Übersetzung erschien 2018, und in Indien ist eine englische Ausgabe in Vorbereitung.

### BUCH

Rahman Abbas, 2018: Die Stadt, das Meer, die Liebe. Heidelberg, Draupadi.



**HANS DEMBOWSKI**  
ist Chefredakteur von E+Z  
Entwicklung und Zusammen-  
arbeit/D+C Development and  
Cooperation.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)



Das Haji-Ali-Mausoleum ist ein muslimisches Wahrzeichen Mumbais.



**Afghanische Frauen im illegalen Flüchtlingscamp im Pedion tou Areos, Athens größtem Park.**

Nachrichten von gesunkenen Booten und ertrunkenen Menschen durch.

Sie landen schließlich in Athen, stranden mit tausenden Flüchtlingen hauptsächlich aus Afghanistan, aber auch aus anderen Ländern, in dem illegalen Lager im Park Pedion tou Areos. Seltsame Dinge gehen um sie herum vor. „Hier im Park bekam man den Eindruck, als hätte man uns alle zusammen vergessen“, sagt Nuri. „An diesem Ort sterben die Menschen langsam, von innen. Einer nach dem anderen sterben sie.“

Wo immer möglich, versucht Nuri per E-Mail Kontakt zu Mustafa zu halten. So erfährt er, dass Mustafa es nach England geschafft hat und dort versucht, wieder eine Bienenzucht aufzubauen. Die Hoffnung, zu Mustafa nach England zu kommen, und die Liebe zueinander halten Afra und Nuri aufrecht.

Die beiden haben das große Glück, genügend Geld für Schlepper aufbringen zu können. So können sie, im Gegensatz zu den meisten anderen Geflüchteten, dieser sprichwörtlichen „Hölle auf Erden“ entkommen – doch dafür zahlen sie einen hohen Preis.

Schon am Anfang des Buches, als sie sich in einer Flüchtlingsunterkunft mit Hilfe einer Sozialarbeiterin auf ihren Asylantrag vorbereiten, ist klar, dass sie es letztendlich bis nach England schaffen. Doch der Albtraum ist noch lange nicht vorbei. Immer wieder kämpfen beide mit ihren traumatischen Erlebnissen sowohl in Syrien als auch auf der Flucht.

Christy Lefteri wuchs als Tochter zyprischer Geflüchteter in London auf. Sie verbrachte 2016 und 2017 die Sommermonate in einem Flüchtlingslager in Athen. Die Gespräche mit den Menschen dort inspirierten sie zu diesem einfühlsamen und spannend geschriebenen Buch, mit dem sie 2020 den Aspen-Words-Literaturpreis gewonnen hat.

**BUCH**

**Lefteri, C., 2019: Das Versprechen des Bienenhüters. München, Limes/Randomhouse.**



**DAGMAR WOLF**  
ist Redaktionsassistentin bei **E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.**

tion.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

SOMMER-SPECIAL

# Flucht aus dem Bürgerkrieg

**Sie haben alles verloren, sind tief traumatisiert und geben doch die Hoffnung nicht auf. Mit ihrem Buch „Das Versprechen des Bienenhüters“ macht eine junge Autorin auf das Schicksal von abertausenden Geflüchteten aufmerksam.**

Von **Dagmar Wolf**

Nuri ist Bienenhüter. Eigentlich hätte er den Stoffladen seines Vaters im syrischen Aleppo übernehmen sollen, doch als sein Cousin Mustafa ihn in die Bienenzucht einführt, steht Nuris Entschluss fest. Während Mustafa als Professor an der Universität in Damaskus zwischen Aleppo und Damaskus hin- und herpendelt, kümmert Nuri sich um die Bienenstöcke. Es läuft gut, bald schon haben sie 100 Bienenstöcke und produzieren 10 Tonnen Honig im Jahr. Mustafa eröffnet einen Laden mit Kunden aus Europa, Asien und den Golfstaaten, den später seine Tochter Aya übernehmen soll.

Mit seiner Frau Afra, einer Künstlerin, und seinem kleinen Sohn Sami führt Nuri ein einfaches, aber glückliches Leben. Doch dann rückt der Krieg immer näher. Mustafa schickt seine Frau und seine Tochter zu Freunden nach England. Er selbst zögert, will seine Bienenstöcke nicht aufgeben. Erst nachdem eines Nachts Vandalen die Bienenstöcke zerstört haben, ist Mustafa bereit, Frau und Tochter zu folgen. Doch dann verschwindet sein halbwüchsiger Sohn Firas.

Während Mustafa nach Firas sucht, findet er Arbeit in einem Leichenschauhaus. Seine Aufgabe ist es, die Todesursachen der Leichen zu verzeichnen. Schließlich landet auch Firas auf seinem Tisch. Als Todesursache notiert Mustafa: „Diese kaputte Welt“. Nur eine Woche später stirbt Nuris Sohn Sami bei einer Explosion, als er ein letztes Mal im Garten spielen will, bevor sie gemeinsam nach England aufbrechen.

Die bei der Explosion erblindete Afra weigert sich zu gehen. Sie will Sami, der im Garten begraben ist, nicht verlassen. Doch die Lage spitzt sich zu. Mustafa verschwindet, nachdem er beobachtet hatte, wie vier Männer Jungen am Fluss hinrichteten – und er drei von ihnen erschossen hat. Auch Nuri wird immer wieder Zeuge von Grausamkeit und Zerstörung. „Ich wünschte, ich könnte wegwischen, was ich gesehen habe. Ich wollte das alles aus meinem Gedächtnis löschen“, erzählt er. Als Kämpfer ihn zwangsrekrutieren wollen und das Haus zerstören, bleibt Nuri und Afra nichts anderes übrig, als endlich zu fliehen.

Schlepper bringen sie an die Grenze zur Türkei. Dramatische Szenen spielen sich am Ufer des Orontes ab, als sie nachts mit anderen Flüchtlingen teils in „großen Kochtöpfen“ den breiten Grenzfluss überqueren. In Istanbul angekommen, müssen sie auf besseres Wetter warten, um in einem Schlauchboot nach Griechenland übersetzen zu können. Immer wieder dringen

SOMMER-SPECIAL

# Die letzte Kolonie

**Vor vielen Jahren haben die Briten die Bewohner der Chagos-Inseln im Indischen Ozean zwangsumgesiedelt. Nun kämpfen die Vertriebenen und ihre Nachkommen im britischen Exil darum, in ihre Heimat zurückkehren zu können. Der Dokumentarfilm „Another Paradise“ begleitet sie dabei.**

**Von Katja Dombrowski**

Vom einstigen Britischen Territorium im Indischen Ozean ist noch genau eine Inselgruppe übrig geblieben: der Chagos-Archipel, in der Mitte zwischen Asien, Afrika und Australien gelegen. London verpachtet den gesamten Archipel mit 64 Inseln bereits seit Jahrzehnten an die USA, die auf der Hauptinsel Diego Garcia einen großen Militärstützpunkt betreiben. Darüber hinaus ist das Tropenparadies für die Besatzer vor allem von geopolitischer Bedeutung – die immerhin so groß ist, dass sie sich weigern, es an Mauritius zurückzugeben.

Bis Mitte der 1960er Jahre gehörte Chagos offiziell zu Mauritius. Als die Briten Mauritius in die Unabhängigkeit entließen, behielten sie die weit abgelegenen Inseln, auf denen nur wenige Menschen lebten – illegalerweise, wie mittlerweile der Internationale Gerichtshof bestätigt hat. Doch während Mauritius, das seit Jahren vehement für eine Rückgabe kämpft, rechtlich

der Besitzer ist, wären die Chagossianer am liebsten unabhängig.

Noch wichtiger ist es ihnen aber, auf ihre Inseln zurückkehren zu können. Denn um Diego Garcia in ein Militärgelände zu verwandeln, das seitdem Sperrgebiet ist, haben die britischen Kolonialherren die gesamte Bevölkerung von Chagos, rund 1200 Menschen, zwangsumgesiedelt. Sie, beziehungsweise ihre Nachkommen leben seitdem in Mauritius, den Seychellen und vor allem England.

Von dort aus kämpfen sie um ihre verlorene Heimat, und dabei begleitet sie der Dokumentarfilm „Another Paradise“ des belgischen Regisseurs Olivier Magis. Im Zentrum steht Sabrina Jean, Vorsitzende der Chagos Refugees Group UK. Sie wurde 1973 in Mauritius geboren und lebt in Crawley, rund 30 Kilometer südlich von London, wo es eine große Chagossianer-Community gibt. „Ich kämpfe für die Sache meiner Eltern, vor allem meines Vaters“, erklärt Jean im Film. Der große Wunsch ihres Vaters ist es, in seiner Heimat Peros Banhos begraben zu werden, einem kleinen Atoll, das zum Chagos-Archipel gehört.

Der Film zeigt, wie die entwurzelten Alten im englischen Exil versuchen, ihre Traditionen, ihre Sprache, ihr Essen, ihre Kleidung und die Lieder, die davon erzählen, wie die Briten ihnen alles genommen

haben, an die Jungen weiterzugeben. Man ahnt, dass das von Generation zu Generation schwieriger wird, dass da etwas verloren geht, vielleicht unwiederbringlich. Der Film zeigt auch das Leben der Enkel: Fußball spielende Jugendliche im England des 21. Jahrhunderts – in jeder Hinsicht weit entfernt von dem Chagos, das der Film in einigen historischen Aufnahmen aufleben lässt.

Vom Fußball erhofft sich die kleine Diasporagemeinschaft viel. „Another Paradise“ spielt wenige Monate bevor 2016 der Pachtvertrag mit den USA ausläuft, und die Chagossianer setzen alles daran, dass dieser Vertrag nicht verlängert wird. Dazu drängen sie die britische Regierung, dafür demonstrieren sie in London. Sie sind wenige, und sie haben keine große Lobby. Das wissen Jean und ihre Mitstreiter. Doch es gibt eine Chance, mehr Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen: Die Fußballmannschaft der Chagossianer – ein Hobbyclub in Crawley, dem Jean vorsitzt – hat sich für die CONIFA-Weltfußballmeisterschaft 2016 qualifiziert.

Die Teilnahme am internationalen Turnier für staatenlose Völker im fernen Abchasien, die erst durch eine große Spendenaktion möglich wird, ist ein Höhepunkt für die Gruppe, die der Film begleitet – auch wenn sie alle Spiele verliert. Ihre Gegner bei dieser WM der Vergessenen heißen Westarmenien, Somaliland oder Raetia.

Der Film zeigt es nicht, aber der Pachtvertrag mit den USA über den Chagos-Archipel wurde 2016 für weitere 20 Jahre verlängert. Das heißt aber nicht, dass der Kampf der Chagossianer damit beendet wäre. „Another Paradise“ macht klar, dass sie nicht aufgeben werden. Eine Idee besteht sogar darin, ein Boot zu besorgen und einfach hinzufahren nach Chagos. Und die Inseln dann nicht mehr zu verlassen. Es wäre eine Mission mit sehr ungewissem Ausgang. Doch Jean vermittelt den Eindruck, zu so ziemlich allem bereit zu sein, um ihr Ziel zu erreichen.

## FILM

**Another Paradise, 2019, Belgien/Frankreich, Regisseur: Olivier Magis.**



**KATJA DOMBROWSKI**  
ist Redakteurin von E+Z  
Entwicklung und Zusammenarbeit/D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Sabrina Jean bei der CONIFA-Weltfußballmeisterschaft 2016.

SOMMER-SPECIAL

# Gesunder Boden, gesundes Klima

Eine aktuelle amerikanische Netflix-Doku will Zuschauern die Augen über die enorme Bedeutung des Bodens für den Klimaschutz öffnen. Die Macher erklären, dass regenerative Landwirtschaft die globale Erderhitzung stoppen und das Klima sogar wieder abkühlen kann. Das Projekt beinhaltet nicht nur einen Film und ein Buch, sondern es steckt eine zivilgesellschaftliche Bewegung dahinter.

Von Sabine Balk

Industrielle Landwirtschaft ist seit den 1950er Jahren das Credo in den meisten reichen Industrieländern – in Nord- und Südamerika macht diese Form die überwiegende Zahl der Farmen aus. Massenbetriebe mit tausenden von Nutztieren in Stallhaltung und Quadratkilometer große, mit Chemikalien in Form gehaltene Monokulturen zeichnen die agrarischen Gebiete aus. Auch in der Entwicklungspolitik gibt es immer noch Befürworter dieser Methode als Vorbild für Landwirtschaft in Afrika oder Lateinamerika – obwohl mittlerweile allgemein bekannt sein dürfte, dass diese Landwirtschaft umwelt-, klima- und gesundheitsschädlich ist.

Doch eines der Hauptargumente ist noch immer, dass industrielle Landwirtschaft die einzige Methode sei, die wachsende Weltbevölkerung ernähren zu können. Der

Dokumentarfilm „Kiss the ground“ räumt mit diesem Argument ein für alle Mal auf: Die industrielle Landwirtschaft vernichtet wertvollen Humus und damit einen natürlichen CO<sub>2</sub>-Speicher, so die Filmemacher. Auf Dauer führe sie zu toten Böden, die nur mit Hilfe von Agrarchemikalien Erträge abwerfen.

Die Folgen sind bereits jetzt verheerend. Zwei Drittel der Erdoberfläche seien bereits desertifiziert, also zur Wüste geworden. Auch wenn der Film erschreckende Bilder trockener, staubiger Äcker und ausgedörrter Regionen zeigt, macht er dennoch ganz viel Hoffnung und erstaunt den Zuschauer: Die Wüstenbildung ist mit einer anderen Anbauweise, der regenerativen Landwirtschaft, umkehrbar. Der Film zeigt Beispiele in vielen Teilen der Welt, wo es funktioniert hat. Am beeindruckendsten ist ein Programm in China, in der eine Region von der Größe Belgiens regeneriert wurde.

Die ersten Bilder von 1994 zeigen eine wüstenartige Hügellandschaft, die Bewohner sind bettelarme Hungerleider ohne Schulbildung. Innerhalb von 15 Jahren verwandelte sich das Gebiet in eine grüne Landschaft mit verschiedensten Pflanzen und Bäumen. Millionen von Bewohnern wurden aus der Armut geholt, und die Ernten können die Menschen ernähren. Ihre Kinder besuchen nun die besten Universitäten des Landes, betont der Film.

Das alles, so die Filmemacher, ist mit Hilfe der regenerativen Landwirtschaft möglich. Diese beruht auf vier miteinander kombinierten Grundpfeilern:

- Kein Pflügen der Felder, um Erosion zu vermeiden
- Dauerhafte vielfältige Begrünung mit Pflanzen und Bäumen
- Gründüngung, wobei Grünmaterial so flach wie möglich und so tief wie nötig mit Erdmaterial vermischt wird, um das Bodenleben zu „füttern“ und den Boden zu „verjüngen“
- Beweidung durch Huftiere, um den Unterboden zu lockern.

Die regenerative Landwirtschaft, so ihre Verfechter, stellen die mikrobiellen Prozesse und damit das Leben im Boden wieder her, das Pflügen und Chemikalien zerstört haben. Es entsteht wieder ein gesunder Boden. Die angebauten Pflanzen weisen einen hohen Nährstoffgehalt auf. Ein weiterer wunderbarer Effekt ist, so die Macher von „Kiss the ground“, dass die Methode CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre holt und in den Böden und Pflanzen speichert. Damit sei es möglich, die Erderhitzung innerhalb von relativ kurzer Zeit zu stoppen und innerhalb von rund 20 Jahren das Klima sogar wieder abzukühlen. Auch Klimaaktivisten unterstützen diesen Ansatz – der unter anderem Teil von „Drawdown“ ist, einer um den Amerikaner Paul Hawken entwickelten Methode zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>.

Der Film „Kiss the ground“ erzählt in typisch amerikanischer Form plakativ und emotional – was manch einen Zuschauer stören mag. Als Aushängeschild dient der bekannte US-Schauspieler Woody Harrelson, der als Erzähler fungiert. All das dient den Filmemachern dazu, ein breites, vielleicht auch noch wenig problembewusstes Publikum zu erreichen. Und das ist absolut notwendig und wichtig.

## FILM

Kiss the ground, 2020, USA, Regie: Rebecca Harrell Tickell und Joshua Tickell  
<https://kissthegroundmovie.com>  
<https://kisstheground.com>



**SABINE BALK**  
 ist Redakteurin von E+Z  
 Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)



Regenerative Landwirtschaft bedeutet eine große Vielfalt an Pflanzen und Bäumen auf den Feldern.



Die drei Hauptpersonen der Ausstellung.

SOMMER-SPECIAL

## Hommage an einen ermordeten König

**Eine Ausstellung in Hamburg über die deutsche Kolonialzeit in Kamerun setzt sich mit Widerstand, Rassismus und Erinnerungskultur auseinander.**

**Von Anke Schwarzer**

Eine großformatige Graphic Novel zieht sich an den Wänden entlang, schlängelt sich vorbei an Verträgen und Briefen, an alten Porträtfotos und neuen künstlerischen Werken. Sie umkreist hölzerne Tange, den Bootsschmuck der Küstenbewohner Kameruns, und eine Kaba, ein Kleid der Ngondo-Feierlichkeiten aus dem Besitz der Königinmutter Delphine Duala-Bell: Die Sonderausstellung „Hey Hamburg, kennst Du Duala Manga Bell?“ im Museum am Rothenbaum – Kulturen und Künste der Welt

(MARKK) behandelt die deutsche Kolonialzeit in Kamerun.

„Meines Wissens ist die Ausstellung die erste große öffentliche Hommage an den kamerunischen König Rudolph Douala Manga Bell in Deutschland“, sagte Princess Marilyn Douala Bell, die bei der Ausstellungseröffnung im April per Video zugeschaltet war. Laut der Urenkelin von Rudolf Duala Manga Bell könnte die Ausstellung, die auch in Kamerun gezeigt wird, zu einer Brücke des Dialogs werden.

Ins Gespräch soll das Publikum in Hamburg und Douala kommen. Douala ist die größte Stadt Kameruns und ist nach dem Volk der Duala benannt. Die Schau, entworfen als Ort für Jugendliche und Familien, soll auch generationenübergreifend wirken. MARKK-Direktorin Barbara Plankensteiner

sagt: „Gerade die Kinderprogramme unseres Museums haben in der Vergangenheit exotische Vorstellungen von Menschen anderer Kulturen befördert.“ Da das Thema Kolonialismus in der Schule wenig Raum finde, sei es ein besonderes Anliegen, das Thema für Jugendliche ab zehn Jahren aufzubereiten.

Aktivitätspunkte laden zum Mitmachen und Nachdenken ein. Junge Hamburger Künstler zwischen 18 und 27 Jahren präsentieren ihre Arbeiten, darunter zum Beispiel eine Installation von Laurel Chokogo, die einen verformten Kunststoffstuhl mit dem durchgestrichenen Titel „A Seat At The Table“ zeigt und die Bedeutung beleuchtet, einen Platz am Entscheidungstisch zu bekommen – oder nicht.

Facettenreiche Objekte und historische Dokumente erzählen die in Deutschland weithin vergessene Geschichte des jungen Königs Rudolf Duala Manga Bell. Er stammte aus einer Händler-Dynastie, die bis 1840 auch am Handel mit versklavten Menschen beteiligt war, später aber vor allem durch den Handel mit Palmfrüchten zu Reichtum kam. Palmöl war ein begehrter Rohstoff in Zeiten der europäischen Industrialisierung. Führende Vertreter der Duala, darunter auch Rudolf Duala Manga Bells Großvater, unter-

zeichneten 1884 einen Vertrag mit ihren deutschen Handelspartnern. Sehr schnell wurden die Deutschen allerdings vertragsbrüchig. Führende Duala beschwerten sich 1892 über Ungleichbehandlung und Prügelmaßnahmen. Doch ohne Erfolg: Wenige Jahre später begannen die Eroberungskriege der deutschen Kolonialarmee.

Auch eine Delegationsreise nach Berlin, an der Rudolf Duala Manga Bell teilnahm, brachte keine Verbesserung. Schlimmer noch, am 8. August 1914 richteten deutsche Kolonialbeamte ihn und weitere Widerstandskämpfer hin. Der in Hamburg lebende nigerianische Künstler Karo Akpokiere lässt Rudolf Duala Manga Bell am Ende der Graphic Novel sagen: „Unschuldiges Blut hängt ihr auf. Umsonst tötet ihr mich.“

Zu den Hauptpersonen der Ausstellung gehören auch Adolf Ngoso Din, der 1914 zusammen mit Rudolf Duala Manga Bell von den Deutschen gehängt wurde, sowie Maria Mandessi Bell, Dins Verlobte, die als Schülerin einige Zeit im Deutschen Reich bei einer Pastorenfamilie gelebt hatte.

Die Ausstellung ist ein wichtiger Beitrag zur Debatte rund um Hamburgs kolo-

niales Erbe. Das MARKK, das sie zeigt, ist als ehemaliges Völkerkundemuseum eng verknüpft mit der kolonialen Expansion. So thematisiert die Sonderausstellung nicht nur das koloniale Agieren der Hamburger Unternehmer Woermann, Jantzen und Thormählen, die mit Elfenbein, Kautschuk, Palmöl und Kakao reich wurden. Sie stellt auch Objekte aus, die von Kaufleuten unter unklaren Bedingungen in Kamerun erworben und dann dem Museum geschenkt oder verkauft wurden, etwa einen geschnitzten Zeremonienstab.

Fragen rund um Herkunft, Urheber-schaft und die Restitution von Objekten aus der Kolonialzeit durchziehen die Schau. Zudem wirft sie die Frage rund um die ausstehende Rehabilitierung Rudolf Duala Manga Bells auf. Die Anklage lautete damals auf Hochverrat. Doch obwohl nie Beweise dafür auftauchten, wurde dieses Kapitel der Kolonialgeschichte in Deutschland bis heute nicht aufgearbeitet.

„Hey Hamburg, kennst Du Duala Manga Bell?“ berührt viele wichtige Ebenen. Die Ausstellung ist umfangreich und wirkt manchmal sehr dicht, fast so, als

müssten alle Aspekte kolonialer Gewalt, die lange Zeit vergessen und verklärt wurden, auf einen Schlag behandelt werden. Gleichwohl ist es gerade wegen der unablässigen Ignoranz kein leichtes Unterfangen, Geschichte und Gegenwart der deutschen Kolonialzeit in Kamerun auf dekoloniale Weise zu veranschaulichen. Die vielstimmige Ausstellung ist gemeinsam mit internationalen Partnern aus Wissenschaft, Kunst und Zivilgesellschaft entstanden, läuft bis Ende 2022 und wird dann auch in Kamerun zu sehen sein.

**AUSSTELLUNG**

**Hey Hamburg, kennst Du Duala Manga Bell?**  
**14. April 2021 bis 31. Dezember 2022. Museum am Rothenbaum – Kulturen und Künste der Welt.**

<https://markk-hamburg.de/ausstellungen/hey-hamburg/>

**ANKE SCHWARZER**

**ist freiberufliche Redakteurin und arbeitet als Dozentin in der historisch-politischen Erwachsenenbildung.**

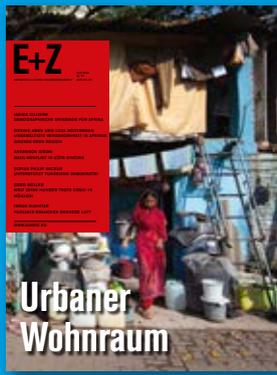
[hallo@ankeschwarzer.com](mailto:hallo@ankeschwarzer.com)



„TÉT'ÉKOMBO Ô muléma“ des Künstlers Hervé Youmbi.



Kaba, ein Kleid der Ngondo-Feierlichkeiten aus dem Besitz der Königinmutter Delphine Duala-Bell.



# GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

[www.dandc.eu/de/ez-abonnement](http://www.dandc.eu/de/ez-abonnement)

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website ([www.dandc.eu](http://www.dandc.eu)) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



## Malawi lehnt abgelaufenen Impfstoff ab

Malawis Gesundheitswesen fehlt es an Medikamenten, medizinischen Geräten und Personal. Angebotene Covid-19-Impfstoffe waren daher hochwillkommen: Ende März erhielt Malawi mehr als 102 000 Dosen AstraZeneca-Impfstoff, die aus dem Serum Institute of India (SII) stammten.

Der Impfstoff war Teil einer größeren Menge, die die Afrikanische Union (AU) von Südafrika gekauft hatte, weil dort die Impfung mit AstraZeneca aufgrund von Zweifeln an der Wirksamkeit gegen eine neue Variante ausgesetzt worden war. Allerdings war der Impfstoff nur noch bis zum 13. April, also wenige Wochen, haltbar.

Malawi verimpfte in dem verbliebenen Zeitfenster so viele Dosen, wie es konnte, und plante die restlichen zu vernichten. Die Regierung äußerte Zweifel an der Wirksamkeit abgelaufener Impfstoffe; sie trotzdem zu verwenden könne außerdem das Vertrauen der Menschen in die Impfkampagne beeinträchtigen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) riet Malawi dazu, die abgelaufenen Impfstoffe aufzubewahren, falls sie letztlich doch verwendet werden könnten. Die WHO-Afrika-Direktorin Matshidiso Moeti rief laut einem BBC-Bericht generell dazu auf, die Impfstoffe zu lagern, bis feststehe, ob sie auch über das Haltbarkeitsdatum hinaus verwendet werden können. Untersuchungen dazu liefen.

Die AU-Institution Africa Centres for Disease Control and Prevention

(CDC) schloss sich der WHO an. Afrika-Direktor John Nkengasong sagte auf einer Pressekonferenz am 22. April, dass die Impfstoffe nach Herstellerangaben sogar noch neun Monate nach Ablauf des Haltbarkeitsdatums verwendet werden könnten.

Malawi war anderer Meinung und vernichtete die abgelaufenen Dosen. Präsident Lazarus Chakwera sagte Mitte Mai: „Ich habe es kategorisch abgelehnt, unsere Bürger mit abgelaufenem Impfstoff impfen zu lassen. Wenn er für die nördliche Hemisphäre nicht gut genug ist, ist er auch für die südliche Hemisphäre nicht gut genug.“

Gesundheitsminister Charles Mwanambo führte aus: „Jedes Fläschchen hat ein eindeutiges Haltbarkeitsdatum. Keinem Arzt würde verziehen, wenn etwas passieren würde, nachdem er wissentlich eine abgelaufene Dosis verwendet hätte.“

Auch der Leiter des Malawi Health Equity Network (MHEN), George Jobe, teilte diese Ansicht: „Die WHO und die Afrikanische Union müssen verstehen, dass Malawi seine Menschen vor Gesundheitsgefahren schützen muss.“ Abgelaufene Impfstoffe zu verwenden sei keine Option, selbst wenn Malawi die Impfstoffe komplett ausgeben.

Der Südsudan kündigte mit einer ähnlichen Argumentation ebenfalls an, bis zu 59 000 abgelaufene Covid-19-Impfstoffe zu vernichten.

Vor dem Hintergrund des Widerstands änderte die WHO ihre Position Mitte Mai und riet nun dazu, abgelaufene Dosen zu vernichten. Sie nannte explizit auch den AstraZeneca-Impfstoff Covishield.

Unterdessen leidet Malawi weiterhin unter Engpässen von Arzneimitteln aller Art und schaut sich nach neuen Impfstofflieferungen um. Die Situation im Land ist furchtbar, denn mehr als die Hälfte der 18,6 Millionen Einwohner sind arm und mehr als ein Fünftel sogar extrem arm. Das erschwert die Eindämmung von Infektionen zusätzlich.



**RAPHAEL MWENINGUWE**  
ist freier Journalist in  
Malawi  
raphael.mweninguwe@  
hotmail.com

## IMPRESSUM

### E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

62. Jg. 2021

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu)

ISSN 2366-7257

Dieses e-Paper wurde am 19.7.2021 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH  
Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

[www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)

#### BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

#### VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

#### ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

#### REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Sabine Balk (SB; Redakteurin), Dagmar Wolf (DW; Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Katja Dombrowski (KD),

Aviva Freudmann (AF), Monika Hellstern (MH; Social Media), Jan

Walter Hofmann (JWH; Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit

und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die

FAZ Fazit Stiftung.

#### ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

[fazit-com@cover-services.de](mailto:fazit-com@cover-services.de)

#### DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

#### BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).





## Problem Rassismus

Rassismus bedeutet, dass bestimmte Minderheiten mit Ressentiments konfrontiert sind und nicht die gleichen Chancen wie andere haben. Oft haben rassistische Haltungen ihre Wurzeln in der Kolonialzeit. Erschwerend kommt hinzu, dass die Mainstream-Gesellschaft glaubt, dass es bei Rassismus um persönlichen Hass geht und nicht um Institutionen, die Menschen unterschiedlich behandeln. Sie leugnen, dass es so etwas wie systemischen Rassis-

mus gibt. Letztendlich leiden aber alle darunter. Denn rassistisch geprägte Gesellschaften haben meist keine starke Vorstellung vom Gemeinwohl.



Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem Motto der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs): Niemanden zurücklassen. Er hat auch Bezüge zu vielen weiteren SDGs.

Studentenprotest in Kathmandu nach Gewalttod eines jungen Dalits.

VORURTEILE

# Mexikos verdeckter Rassismus

**Offiziell gibt es keine Rassentrennung in Mexiko. Doch Mexikaner mit indigener oder afrikanischer Abstammung werden im Beruf, im Bildungs- und im Rechtssystem diskriminiert. „Mestizaje“, das Ideal einer ethnischen und kulturellen Durchmischung, verschleiert tief sitzende Vorurteile und systematische Diskriminierung.**

Von Virginia Mercado

Ethnische Unterschiede existieren in Mexiko offiziell nicht. Nach der Revolution Anfang des 20. Jahrhunderts wollte die Regierung eine gemeinsame mexikanische Identität schaffen. Sie verfolgte das Konzept von „Mestizaje“, der kulturellen und ethnischen Durchmischung. Alle Mexikaner wurden zu „Mestizios“, Menschen mit gemischter, europäischer, indigener, afrikanischer Herkunft. Mexikaner sollten zumindest in dieser Hinsicht eine große, glückliche Familie werden.

Doch der Begriff ist irreführend und täuscht über eine traumatische Kolonialvergangenheit hinweg (siehe meinen Beitrag im E+Z/D+C e-Paper 2017/11, Schwerpunkt). In der Realität ist die ethnische Identität tief verwurzelt und häufig Grund von Konflikten. Die Idee von Mestizaje sollte Ethnizität aus dem nationalen Bewusstsein löschen, verdeckt aber heute die Tatsache, dass Rassismus existiert.

Rassistische Zuschreibungen sind in der alltäglichen Kommunikation üblich. Die Begriffe „Indio“, „Negro“ und „Prieto“ (Dunkler) haben allesamt negative Konnotationen. Ihre Bedeutung ist so harsch, dass viele progressive Menschen sie nur in der Verkleinerungsform nutzen, um die Beleidigung abzuschwächen. Im Gegensatz dazu drücken „güero“ (hellhäutig) und die Verkleinerungsform „güerito“ Anerkennung aus und räumen Überlegenheit ein.

Der Rassismus in Mexiko geht weit über Worte hinaus. Im vergangenen Jahr veröffentlichte das Nationale Institut für Statistik und Geografie (Instituto Nacional de Estadística y Geografía – INEGI) den Nationalen Diskriminierungsbericht. Aus-

nahmsweise sammelt diese Studie rassenbezogene Daten. 24 Prozent der indigenen Bevölkerung haben demzufolge 2020 Diskriminierung erlebt, 75,6 Prozent fühlten sich nicht wertgeschätzt.

In der gleichen Erhebung drei Jahre zuvor gaben 49 Prozent der indigenen Bevölkerung an, dass ihre Rechte nicht respektiert wurden. Sie hatten schlechtere Jobperspektiven und eingeschränkten Zugang zu Sozialleistungen. Selbst medizinische Versorgung wurde ihnen oft verweigert. Das aber hat gefährliche Folgen insbesondere während einer Pandemie. Menschen, die kein Spanisch sprechen, haben oft nicht den gleichen Zugang zum Rechtssystem wie Spanischsprachige, und in vielen Grundschulen sind indigene Sprachen verboten.

Eine Studie der Vanderbilt-Universität in den USA bestätigt Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft in Mexiko. Das auf Umfragen beruhende Latin American Public Opinion Project zeigt, dass hellhäutige Mexikaner länger zur Schule gehen als solche mit dunklerer Haut: durchschnittlich 10 Jahre statt nur 6,5. Da Mexiko normalerweise keine rassenbezogenen Da-

ten sammelt, kategorisierten die Vanderbilt-Demoskopen den Hautton der Befragten selbst auf einer 11-Punkte-Skala.

Im Gegensatz zum proklamierten Ideal spielt die ethnische Zugehörigkeit in Mexiko sehr wohl eine Rolle. Ein beachtlicher Teil der Mexikaner identifiziert sich mit einer ethnischen Gruppe. Studien zufolge sehen sich bis zu 60 Prozent als Mestizios, aber der Rest zählt sich zu Indigenen (30 Prozent), Weißen (neun Prozent) oder anderen Ethnien (ein Prozent). Laut Oxfam sind rund 70 Prozent der Indigenen arm, während es in der übrigen Bevölkerung 39 Prozent sind.

## HITZIGE DEBATTEN

Die Kluft zwischen den Ethnien wurde zum Gegenstand nationaler Debatten, seit die Mitte-links Regierung von Andrés Manuel López Obrador 2018 ins Amt kam. Deren optimistische Aussagen zur Überwindung von wirtschaftlicher Ungleichheit und sozialer Spaltung bilden einen Widerspruch zum öffentlichen Diskurs in sozialen und nationalen Medien, in denen physisches Erscheinungsbild und ethnische Zugehörigkeit eine große Rolle spielen.

Ein Beispiel sind die heftigen Diskussionen über die Einhaltung von Covid-19-Beschränkungen. Hellhäutige Eliten waren bequem in der Lage, sich in geräumigen Häusern zu isolieren und im Homeoffice zu



Covid-19 trifft die indigene Bevölkerung besonders hart.

arbeiten, während ihre Kinder die nötige Technik hatten, um digitale Unterricht zu folgen. Sie warfen ihren weniger begüterten Mitbürgern vor, die Regeln zu brechen, weil diese weiter arbeiten gingen und sogar ihre Kinder mitbrachten – Kinder, denen die Technik für Distanzunterricht fehlt.

Solche Debatten nehmen zu, als Folge von Aufrufen durch Politiker und Videos, die viral gehen. Beschimpfungen und Verleumdungen sind ein häufiger Bestandteil dieser Debatten. Beispielsweise erlangte der Begriff „Whitexican“ in den sozialen Medien Popularität. Er bezeichnet Privilegierte, die Gruppen verunglimpfen oder diskriminieren, die sie als unterlegen wahrnehmen. Ein Whitexican betrachtet ethnische Minderheiten in erster Linie als inkompetent und ungebildet. Selten sieht er in ihnen Opfer tief verwurzelter Ungerechtigkeit. Mancher, der sich dem Vorwurf ausgesetzt sieht, ein Whitexican zu sein, geht zum Gegenangriff über und betrachtet sich als Opfer eines umgekehrten Rassismus. Das zeigt, wie schwer Einstellungen zu überwinden sind.

Manch einer sieht in einer solchen Polarisierung eher Klassismus als Rassismus. Doch das stimmt nur zu einem gewissen Grad, denn Reichtum, Macht und helle Haut gehen in der Regel miteinander einher. Menschen mit dunklerem Erscheinungsbild wiederum leiden besonders unter organisierter Kriminalität und staatlichen Versuchen, diese zu unterbinden. Der militarisierte Drogenkrieg hat regierungsunabhängigen Aktivisten zufolge seit 2006 bereits etwa 300 000 Menschen das Leben gekostet.

Besonders da, wo die Kartelle einen großen Teil des Landes kontrollieren, werden viele Menschen indigener oder afrikanischer Abstammung Wissenschaftlern zufolge:

- gezwungen, beim Drogenanbau mitzuarbeiten,
- (erneut) um ihr Land gebracht und
- vertrieben.

Andererseits kommen die untersten Ränge der Armee, die das größte Risiko tragen, aus armen Familien.

Gleichzeitig erleben auch wirtschaftlich besser gestellte Mexikaner mit dunkler Haut Diskriminierung, weil vermögendere Weiße sie nicht unbedingt als gleichrangig akzeptieren. Aus dem gleichen Grund werden Menschen in ethnischer Kleidung mitunter gebeten, hochpreisige Restaurants zu verlassen.



Das historische Gemälde zeigt die Eroberung der Aztekenstadt Tenochtitlán durch die Spanier im August 1521.

In öffentlichen Debatten reißt auch die Kluft zwischen Menschen mit indigenen und europäischen Wurzeln auf, sobald es um koloniale Erbe geht. Vor einigen Monaten bat Präsident López Obrador die spanische Regierung, sich zum 400. Jahrestag der Einnahme und Zerstörung der aztekischen Hauptstadt Tenochtitlán am 13. August 1521 zu entschuldigen. Er betrachtete das als Akt symbolischer Wiedergutmachung für den historischen Schaden, den die indigene Bevölkerung davongetragen hatte. Doch Spanien lehnte kategorisch ab.

Der Vorfall sorgte für Aufregung in den sozialen Medien, mit beiderseitigen Tiraden. Indigene, die den Vorstoß des Präsidenten befürworteten, verwiesen auf andere Länder, die sich für historische Verbrechen entschuldigt hatten. Die Gegner des Präsidenten behaupteten, die spanische Kolonialisierung sei kein zerstörerischer, sondern ein zivilisierender Prozess gewesen. Viele von ihnen haben europäische Vorfahren und sahen den Vorstoß López Obradors als Affront gegen Spanien. Einige sagten sogar, er mache Mexiko auf internationaler Ebene lächerlich.

Der schädliche Einfluss des Rassismus zeigt sich nicht nur darin, dass einige gesellschaftliche Randgruppen selbst glauben, wenn dunkelhäutige Menschen es nicht schaffen, das koloniale Erbe zu überwinden, sei es ihre eigene Schuld. Rassismus beeinflusst das Denken in allen Schichten und schafft enorme Barrieren für den wirtschaftlichen Aufstieg eines großen Teils der Bevölkerung.

Mexikos Medien sind Teil des Problems. Indigene tauchen in den Sendungen

höchstens als Angestellte wichtiger und erfolgreicher weißer Arbeitgeber auf. Mexikaner mit afrikanischen Vorfahren kommen ebenfalls kaum vor.

## INTEGRATIONSDILEMMA

Das Gebiet des heutigen Mexiko war schon vor der Eroberung durch die Spanier im 16. Jahrhundert ethnisch divers. Erst die Konquistadoren begannen, die verschiedenen Ethnien wie eine undifferenzierte Masse zu behandeln. Gleiches taten sie mit Sklaven aus Afrika und Asien. Die Kolonialherren führten eine Hierarchie ein, die auf der Hautfarbe beruhte, mit Weißen an der Spitze.

Nach dem Unabhängigkeitskrieg zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde dieses Kastensystem offiziell abgeschafft. Doch die koloniale Gesinnung überlebte zumindest in Teilen. Interethnische Durchmischung war ungeachtet von Mestizaje weder ein universeller noch ein geschmeidiger Prozess. Er folgte auf eine Reihe von Neuordnungen, und er reagierte auf eine Reihe von Migrationsmustern in verschiedenen Teilen des Landes. Nationale Einheit ist ein erstrebenswertes Ziel – doch in Mexiko muss es Einheit in Vielfalt sein. Ethnische Unterschiede zu ignorieren führt nicht weiter.



**VIRGINIA MERCADO** ist Wissenschaftlerin an der Universidad Autónoma del Estado de México (UNAM) und Lehrkraft für Friedens-

und Entwicklungsstudien.  
[virmercado@yahoo.com.mx](mailto:virmercado@yahoo.com.mx)



Demonstration in einem Vorort von Minneapolis, nachdem eine Polizistin am 11. April 2021 dort einen jungen schwarzen Mann erschossen hatte.

USA

## Kampf an zwei Fronten

Dass Rassismus in den USA weiterhin ein wichtiges Thema ist, haben Medienberichte in jüngster Zeit immer wieder belegt. Zum einen ändern konservative Regierungen mehrerer Bundesstaaten das Wahlrecht so, dass die Stimmabgabe für Minderheiten schwieriger wird. Zum anderen gibt es immer wieder Polizeigewalt gegen Menschen mit dunkler Hautfarbe. Die Geschichte rassistischen Denkens, über die der schwarze Historiker Imbram X. Kendi ein Buch geschrieben hat, hilft, solche Nachrichten einzuordnen.

Von Hans Dembowski

Kendi räumt in seinem Vorwort zu dem 2016 erschienen Werk ein, dass die Arbeit von Geschichtswissenschaftlern immer von der Zeit geprägt wird, in der sie selbst leben. Er selbst schreibe in der Black-Lives-Matter-Ära. Erst 2020 sorgte dann der Tod von George Floyd durch Polizeigewalt in Minneapolis weltweite für Black-Lives-Matter-Demonstrationen. Leider töteten auch danach Polizisten immer wieder Schwarze.

Kendi unterscheidet zwischen individuellem und institutionellem Rassismus.

Er betont, es gehe um viel mehr als um Hassgefühle. Institutioneller Rassismus bedeute, dass Angehörige einer bestimmten Gruppe gesellschaftlich benachteiligt würden – zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche oder im Bildungswesen.

Kendi zitiert amtliche Statistiken, die zeigen, dass institutioneller Rassismus in der Tat die USA prägt. So war von 2010 bis 2012 die Wahrscheinlichkeit, dass ein junger schwarzer Mann von der Polizei getötet wurde, 21-mal höher als für einen gleichaltrigen weißen Mann. Das Median-Vermögen weißer Haushalte lag um den Faktor 13 über dem schwarzer Haushalte. Der Anteil der Inhaftierten unter der schwarzen Bevölkerung war fünfmal größer als unter der weißen Bevölkerung.

Professor Kendi leitet an der Boston University das Center for Antiracist Research. Ihm zufolge kämpfen Antirassisten an zwei Fronten. Klar rassistisch agiere, wer Rassentrennung fordere. Weniger eindeutig, aber ebenfalls problematisch sei die Haltung derer, die das Zusammenleben von Schwarz und Weiß für möglich halten, so-

fern sich Schwarze besser in die Gesellschaft integrierten. Damit werde den Schwarzen die Verantwortung für Erfolg oder Misserfolg gegeben, obwohl sie die Leidtragenden in einer unfairen Gesellschaft seien, deren grausame Sklaverei-Vergangenheit fortwirke.

Erschwerend kommt hinzu, wie Kendi ausführt, dass die geforderte Anpassung unmöglich ist. Wenn Schwarzen der Aufstieg gelinge, werde ihnen abgesprochen, dass sie ihre Bevölkerungsgruppe repräsentierten. Der Autor nennt Barack Obama als Beispiel dafür, wie erfolgreiche Schwarze seit langem als besondere Ausnahmen gewertet würden. Zugleich reagierten aber auch viele Weiße mit Aversionen auf erfolgreiche Schwarze. Niemand sei fehlerfrei, schreibt Kendi, weshalb auch niemand von Weißen Perfektion erwarte. Dagegen werde aber jede Schwäche eines schwarzen Individuums als Beleg mangelnder Integration ausgelegt, während Erfolge als untypisch abgetan würden. Diese Zwickmühle mache Integration unmöglich.

Ähnliche Erfahrungen machen ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen in vielen Weltgegenden:

- In westlichen Ländern gibt es die Tendenz, alle Muslime für islamistischen Terrorismus verantwortlich zu machen. Rechtsradikale Gewalttäter gelten dagegen als Einzeltäter, deren geistige Gesundheit infrage steht.

- Systemische Ausgrenzung führt zu schlechteren Chancen in Bezug auf Beruf, Gesundheit und Wohnraum. Indigene in Lateinamerika oder Adivasis und Dalits in Indien erleben ebenso wie Schwarze in den USA, dass ihnen beispielsweise geringere Schulerfolge als persönliches Versagen vorgehalten werden, obwohl im Bildungswesen offensichtlich keine Chancengleichheit besteht.

- Konservative Bürger weigern sich oft, über institutionellen Rassismus überhaupt zu sprechen, verweisen aber als Beleg dafür, dass sie selbst nicht rassistisch ticken, auf freundschaftliche Kontakte zu Angehörigen von Minderheiten.

Rassistisches Denken ist Kendi zufolge in der amerikanischen Geschichte immer den Interessen der reichen weißen Elite zugute gekommen. Heute lenke es beispielsweise von gesellschaftspolitisch wichtigen Themen wie dem allgemeinen Zugang zum Gesundheitswesen oder erschwinglicher Hochschulbildung ab. Antirassistische Politik könne auf diesen Feldern Fortschritte erreichen, die dann auch den Interessen der Mehrheit der weißen US-Bürger dienen würden.

Indessen warnt der Historiker vor allen Bestrebungen, die Debatte über Rassismus zu beenden. So sei die Vorstellung falsch gewesen, die USA hätten sich mit der Wahl eines schwarzen Präsidenten 2008 zu einer postrassistischen Gesellschaft gemauert. Dass Obama ins Weiße Haus einzog,

habe schließlich nichts an den Statistiken geändert, die institutionellen Rassismus belegen.

### FREIHEITSFORDERUNG VON SKLAVENHALTERN

Kendis Studie ist umfassend. Sie führt aus, was heutiges rassistisches Denken in den USA mit den portugiesischen und spanischen Seefahrern zu tun hat, die im 15. Jahrhundert begannen, sich in fremde Kulturen einzumischen. Sie geht auf den Sklavenhandel im Kolonialzeitalter ein und hält fest, wie bizarr es ist, dass ausgerechnet Sklavenhalter die Freiheit Amerikas von der britischen Krone forderten. Thomas Jefferson, der Autor der Unabhängigkeitserklärung und einflussreiche dritte Präsident der USA, sprach sich sowohl gegen die Sklaverei als auch gegen ihre Abschaffung aus. Er besaß selber Sklaven – und eine von ihnen gebar seine Kinder.

Kendi erklärt, wie in den Südstaaten auch nach dem Bürgerkrieg Rassentrennung fortbestand. Die Sklaverei war zwar abgeschafft, aber die weiße Bevölkerung setzte ihre Vorherrschaft rücksichtslos durch. Verfassungszusätze, welche die Rechte der Schwarzen schützen sollten, wurden mittels bundesstaatlicher Gesetze umgangen. Lynchmorde waren gang und gäbe, wobei die Täter behaupteten, sie bestraften Verbrecher. Häufig warfen sie schwarzen Männern die Vergewaltigung weißer Frauen vor.

Kendi erläutert auch, warum sich schwarze Intellektuelle wie W.E.B. Du Bois häufig für Anpassung aussprachen und manche auch dabei blieben. Tatsächlich sei Rassentrennung selbst unter Wissenschaftlern erst inakzeptabel geworden, nachdem der Völkermord der Nazis gezeigt hatte, wohin die genetische Hierarchisierung von Menschen führen kann.

Aus Kendis Sicht war der Voting Rights Act der 1960er Jahre die fortschrittlichste antirassistische Reform. Im Gegensatz zur übrigen Bürgerrechts-Gesetzgebung erzwang sie Ergebnisse, statt nur Intentionen zu benennen. Unter anderem brauchten die Südstaaten fortan für Wahlrechtsänderungen die Zustimmung der Bundesregierung. Allerdings entschied der Supreme Court 2013, das sei nicht mehr nötig – so dass mittlerweile Wahlgesetze wieder mit dem Ziel geändert werden, die Beteiligung der Schwarzen zu begrenzen.

2016 wurde Kendi's „Stamped from the beginning“ mit dem National Book Award für Sachbücher ausgezeichnet. Im selben Jahr gewann Donald Trump die Präsidentschaftswahl. Kendi schreibt, er rechne nicht mit der baldigen Überwindung des Rassismus – aber langfristig werde es geschehen. Nötig seien Reformen, die Chancengleichheit für Schwarze schaffen.

### QUELLE

Kendi, I. X., 2016: *Stamped from the beginning – The definitive history of racist ideas in America.* New York, Nation Books.



IDENTITÄTSPOLITIK

# Veränderte Loyalitäten

**Im kolonialen Kenia war es Rassismus, der die Macht von Elite und Interessengruppen zementierte, nun ist es Tribalismus. Spitzenpolitiker geben zwar vor, ihn überwinden zu wollen, aber ihr Handeln ist weiterhin genau davon geprägt.**

Von Alphonse Shiundu

Die beiden mächtigsten Politiker Kenias, Präsident Uhuru Kenyatta und sein Stellvertreter William Ruto, stehen in einem potenziell gefährlichen politischen Konflikt. 2017 wurden sie gemeinsam für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Ihr Bündnis galt als Einigungspakt zwischen den Kikuyu, Kenyattas Ethnie, und den Kalenjin, Rutos Ethnie. Doch nun intrigieren die beiden Anführer gegeneinander, und alte Stammesrivalitäten leben auf.

Als Kenyatta im Vorfeld des Wahlkampfes 2022 einen „nationalen Einigungspakt“ mit Oppositionsführer Raila Odinga von der Ethnie der Luo ankündigte, ließ er Ruto und die Kalenjin außen vor. Das Gespann Kenyatta–Odinga hat einen historischen Vorläufer: 1963 wurden die Väter von Kenyatta und Odinga Präsident und Vizepräsident der ersten unabhängigen Regierung Kenias nach der Kolonialherrschaft.

Die neue Kenyatta–Odinga-Allianz will mehr sein als eine Umgruppierung von ethnischen Koalitionen und gibt vor, die nationale Einheit als Ziel zu haben.

Nachdem die neue Allianz per Handschlag besiegelt war, schlugen Kenyatta und Odinga eine massive Verfassungsänderung vor, auch um „einen Wahlkampf zu fördern, der auf Ideen, Werten und unserer gemeinsamen Menschlichkeit basiert – und nicht auf dem gemeinsamen Feindbild, der Identitätspolitik, das unsere Wahlzyklen bisher bestimmt hat.“

Auch wollen Kenyatta und Odinga die Verwaltung dezentralisieren, für „mehr Inklusivität, Fairness, Gleichheit und Verantwortlichkeit bei der Verteilung von Ressourcen“. Odinga schlägt zudem eine „rotierende Präsidentschaft“ vor, wodurch jede Ethnie die Chance bekomme, das Land zu führen.

Zynischerweise ist Kenias Verfassung erst 10 Jahre alt und wurde eingeführt, nachdem das Land Anfang 2008 nach Wahlen traumatische Gewalterfahrungen gemacht hatte. Damals starben bei Kämpfen und Polizeieinsätzen mehr als 1000 Menschen.

Im Januar 2021 verkündete Kenyatta, die Kikuyu und Kalenjin hätten kein Vorrrecht auf die Präsidentschaft. „Vielleicht ist es nun an einer anderen Gemeinschaft, die Macht zu übernehmen“, sagte er. Diese Aussage wurde gemeinhin als Angriff gegen Ruto verstanden.

Ruto schoss zurück und sagte, Politik solle sich auf Wichtigeres als den Tribalismus konzentrieren. „Jeder soll Wahlkampf auf Basis einer Politik führen, die das Leben der Kenianer verändern wird“, forderte er. Ruto bezog sich damit auf die jungen Leute, die kritisieren, dass Politiker über ethnische Fragen reden statt darüber, worum es wirklich geht: Geld und Lebensunterhalt. Rutos Kommentar wurde als Seitenhieb gegen das neue Kenyatta–Odinga-Bündnis interpretiert.

Es geht offensichtlich um ethnische Zugehörigkeit. Die Führer mögen darüber

diskutieren, dieser weniger Bedeutung beimessen – aber sie sind weit davon entfernt, sie abzuschaffen.

## STAMMESDENKEN ÜBERWINDEN

Das gab sogar Kenyatta selbst zu, als er im Oktober 2020 eine Verfassungsreform vorschlug. Es werde schwer sein, das mit dem Tribalismus verknüpfte Belohnungssystem zu ändern, sagte er.

„Es ist eine Tatsache, dass wir eine Stammesgesellschaft sind, und das treibt uns auseinander.“ Und: „Wir tun so, als wären wir Landesführer. Ist es dann aber so weit, sprechen wir unsere Stammesprache und werden wieder, wer wir sind.“ Er gab zu, selbst davon nicht ausgenommen zu sein.

Und tatsächlich: Als Ruto Anfang 2021 seine Unterstützer als Opposition gegen das neue Kenyatta–Odinga-Bündnis mobilisierte, wandte sich der Präsident an Radiosender, die in seiner Sprache senden. Dabei sprach er, wie bereits zuvor, nur seine Leute an, die Kikuyu. Sofort gab es wieder Unmut wegen der „Vorrechte der Kikuyu“.

Das alles ist nicht neu. Bisweilen führen die interethnischen Spannungen zu Gewalt, besonders bei Wahlen. Zu viel Begünstigung steht auf dem Spiel. Ethnische Zugehörigkeit entscheidet darüber, ob jemand einen Job oder Regierungsauftrag bekommt oder eine Region neue Straßen,



Junge Kenianer gehen zur Schule, aber ihre Jobchancen sind schlecht.



neue Kliniken oder andere wichtige Infrastruktur.

Es gibt mindestens 44 Ethnien im Land, doch zwei dominieren und besetzen 40 Prozent der öffentlichen Stellen – die Kikuyu und die Kalenjin. Nicht zufällig gehörten alle Präsidenten seit Kenias Unabhängigkeit diesen beiden Ethnien an. Wie jeder weiß, nutzen Regierungsbeamte ihre Position, um ihre jeweiligen Gemeinschaften zu begünstigen.

Hätten Kenias Führer nach Ende der britischen Kolonialzeit 1963 einen besseren Job gemacht, wären ethnische Fragen kein Thema mehr. Stattdessen ist Tribalismus in Kenia heute das, was vor der Unabhängigkeit der Rassismus war – er wird aufrechterhalten durch informelle Strukturen mit Netzwerken, die das System für Machthaber profitabel machen.

Und so bleibt ethnische Zugehörigkeit entscheidend. Diese Ansicht ist tief verwurzelt und schwer abzustreifen. Tribalismus setzt sich durch unterbewusste Zeichen, Anspielungen, kodierte Sprache,

Stereotype und offene kulturelle Verunglimpfung fort. Hassreden nachzuweisen ist schwierig und somit nicht unbedingt strafbar. Wer zur Zielscheibe wird und das anprangert, wird oft selbst des Tribalismus bezichtigt.

### REBELLIERENDE JUGEND

Doch es gibt Anzeichen dafür, dass weniger auf ethnische Zugehörigkeit gesetzt werden soll. Kenyatta und Odinga fordern zumindest theoretisch ein Ende der Identitätspolitik – ihre Taten sprechen allerdings eine andere Sprache. Ihr neuer Ruf nach Einheit könnte auch ein Deckmäntelchen für Rutos Ausschaltung sein. Immerhin ist eine Debatte darüber entfacht, faire Chancen für alle zu avisieren.

Vielversprechender ist das Aufkommen einer Jugendbewegung. Die Jungen fordern das Ende identitätsbasierter Begünstigung und wollen Chancen für alle (siehe Kasten unten). Ruto nimmt sich ihrer Sache an und argumentiert, es sei wichtiger, über Fairness und Chancen zu diskutieren als über Verfassungsreformen.

Er versucht, die kenianische Jugend als potenziell riesige Wählerschaft für sich zu gewinnen. Schätzungsweise 75 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 35. Viele haben Grund- und Sekundarschulbildung, müssen sich aber im informellen Sektor durchschlagen. Sie sind weniger gewillt als ihre Eltern, an das Narrativ zu glauben, diese oder jene Ethnie sei schuld an der Misere. Sie wenden sich zunehmend ab von kulturellen Vorurteilen, fingierten ethnischen

Animositäten und der bestehenden Strategie des Teilens und Herrschens.

Laut Ruto besteht die echte politische Kluft zwischen denen, die sich hocharbeiten, und denen, die Privilegien und Reichtum erben. Entscheidend sei fairer Zugang zu Land, Jobs und Chancen. Fairer Zugang hieße etwa, dass auch von der Opposition dominierte Regionen ihren Anteil an Straßen, Kliniken, Stromleitungen und sonstiger Infrastruktur erhalten.

Die zentrale Frage ist, wie faire Verteilung zu erreichen ist. Es gibt bereits Gesetze und Institutionen zum Schutz vor ethnischer Diskriminierung. Es gibt sogar eine „Nationale Kommission für Zusammenhalt und Integration“ – eine Regierungsbehörde, die Vielfalt und Integration fördert.

Letztlich besteht Diskriminierung fort, weil der Glaube, die eigene Gruppe sei besser als „die anderen“, tief sitzt. So gesehen, ähneln ethnische Vorurteile dem Rassismus; der Glaube, die eigene Gruppe sei überlegen, verstetigt Ungerechtigkeit. Dieser Glaube ist über einen Prozess der öffentlichen Erziehung beizulegen – und indem Bestrebungen nach Gleichheit und Fairness in bestehenden Gesetzen umgesetzt werden. Mehr Gesetze und eine große Verfassungsreform zur falschen Zeit werden das nicht erfüllen.



**ALPHONSE SHIUNDU**  
ist ein kenianischer Journalist,  
Redakteur und Faktenchecker  
in Nairobi.  
[shiunduonline@gmail.com](mailto:shiunduonline@gmail.com)

Twitter: @Shiundu

## Das Grundproblem

Junge Kenianer wollen sich eher von der Stammespolitik lösen als die Älteren – aber wer den Wandel befürwortet, hat es schwer. Etwa 20 Prozent aller Wahlberechtigten sind nicht zur Schule gegangen, das macht es den gebildeten und manipulativen Unterhändlern des Tribalismus leicht. Die aufstrebende, aber verunsicherte

Mittelschicht will vor allem der Armut entkommen und interessiert sich nicht für potenziell disruptive Diskussionen. Sie hat allen Grund, einen wie auch immer gearteten Klassenkampf zu fürchten.

Trotzdem ist die Auseinandersetzung mit der Kluft zwischen Arm und Reich überfällig. Es gibt Dutzende Millionäre

im Land – die ihren Reichtum meist der Plünderung öffentlicher Töpfe verdanken. Zugleich leben mehr als 15 Millionen Menschen in tiefer Armut. Auf der Mängelliste steht unter anderem:

- Diebstahl öffentlicher, für die Jugend gedachter Gelder,
- Vergabe von Jobs, die für junge Leute gedacht sind, an Alte,
- Vergabe von Jobs mit großen Titeln, aber ohne Einfluss an junge Leute.

Korruption hat viele Gesichter. Ethnisch motivierte Angriffe basieren auf Sichtweisen, die Privilegien und Diskriminierung rechtfertigen. Hilfreich könnte die Frage sein, warum Tribalismus – mit der impliziten Idee, einige Menschen seien besser als andere – weiter so bedeutend ist. Übrigens birgt Tribalismus nachweislich ein erhebliches Risiko für gewaltsame Konflikte (siehe Hauptartikel).

REGENBOGEN-NATION

# Neues Narrativ ist nötig

**Vor über einem Vierteljahrhundert endete die Herrschaft der weißen Minderheit in Südafrika, aber Hautfarbe spielt in der Politik immer noch eine wichtige Rolle. Das Land braucht einen neuen Diskurs, der Verbindendes, nicht Trennendes betont.**

Von Jakkie Cilliers

Der African National Congress (ANC) regiert Südafrika seit der ersten demokratischen Wahl 1994. Damals siegte die Partei triumphal und beendete die schändliche Rassen-trennung der Apartheid (siehe Kasten nächste Seite). Als das Kabinett des Freiheitskämpfers Nelson Mandela damals sein Amt antrat, schienen Ministerien geradezu menschenleer und viele Akten waren verschwunden. Zahlreiche Beamte schieden aus dem Staatsdienst aus, während andere sich ängstlich bedeckt hielten und Rache fürchteten. Belastende Akten hatten sie jedenfalls vernichtet.

Seither hat sich einiges getan. Die Regierung ist merklich an der Einbindung aller Bevölkerungsgruppen interessiert. Niemand zweifelt das Prinzip schwarzer Mehrheitsherrschaft an. Im Staatsdienst arbeiten vor allem Schwarze. Durch Ras-

sismus entstandenes Misstrauen lebt aber fort, und die Behörden arbeiten weniger effizient, als sie sollten. Identitätspolitik behindert nun in neuer Form Fortschritt und Wohlstandsmehrung.

Anfangs schienen die Dinge vielversprechend. Unter Mandela lehnte der ANC nach 1994 rassistisches Denken komplett ab. Erzbischof Desmond Tutu sprach von einer „Regenbogen-Nation“ und schuf so eine Grundlage für echte Versöhnungs-bemühungen auf allen Seiten. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission dokumentierte unmissverständlich die Brutalität der Apartheid. Das trug zur Aufarbeitung der Vergangenheit bei. Südafrika schien sich den Dämonen der Vergangenheit zu stellen.

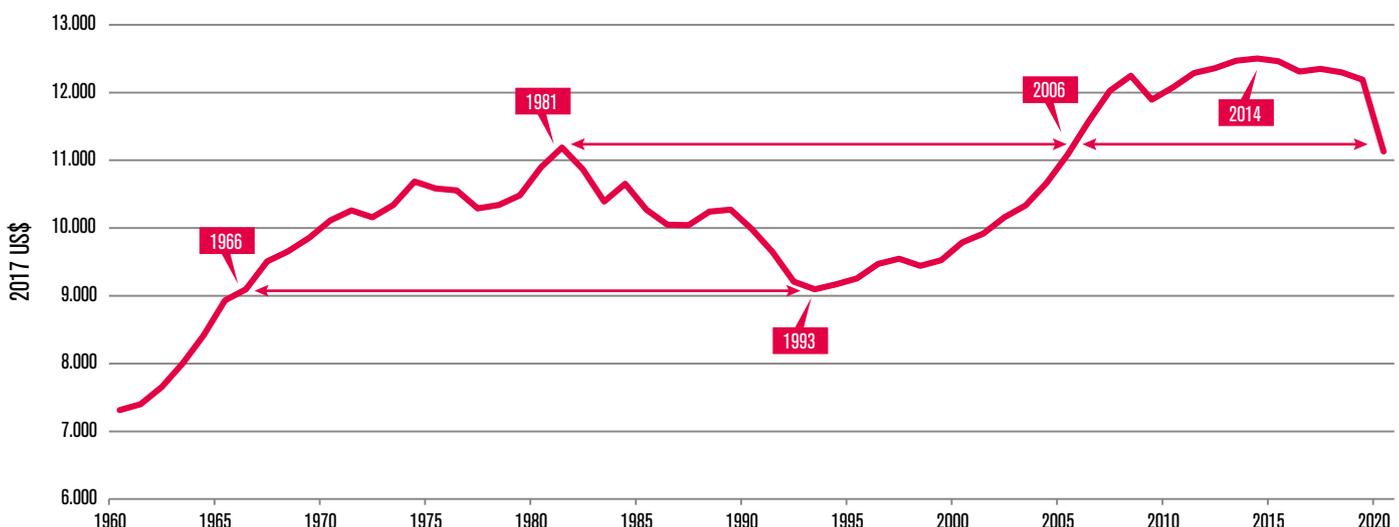
Die Volkswirtschaft erlebte zwei Jahrzehnte lang rasantes Wachstum. Das spiegelte den Optimismus teils wider. Die Wirtschaftsleistung pro Kopf stieg von 9100 Dollar 1993 auf 12 500 Dollar 2014 (siehe Grafik). Die Wirtschaftspolitik folgte ab 1996 mit großem Erfolg dem Motto „Wachstum, Beschäftigung und Umverteilung“. Von 1999 an hielt Mandelas Nachfolger Thabo Mbeki daran fest. Die Regierung förderte Wachstum und machte Sozialpolitik zugunsten der Armen.

Das funktionierte nicht auf Dauer. Die Wirtschaftsleistung sank während der korrupten Präsidentschaft Jacob Zumas, eines Traditionalisten, der 2009 Staatschef wurde und 2014 in Wahlen bestätigt wurde. Es waren verlorene Jahre. 2019 betrug das Pro-Kopf-Einkommen nur noch 12200 Dollar und – dank Covid-19 – 2020 sogar nur noch 11 100 Dollar. Das Schlagwort vom „verstrickten Staat“ (State capture) wird damit verbunden. Es steht für die Verquickung von Privatinteressen mit dem Regierungshandeln. Bis heute untersucht eine Justizkommission Korruptionsfälle.

Zuma löste die großen Probleme des Landes nicht, bleibt aber bei einer ANC-Strömung und den Zulu beliebt. Seine Inhaftierung wegen mangelnder Kooperation löste im Juli schnell eskalierende Gewaltproteste aus. Die Krawalle zeugten von dem Schaden, den Zuma angerichtet hat – sowie der Wut vieler Menschen.

Leider erstarkte in den Jahren des Niedergangs die Identitätspolitik. Die Partei Economic Freedom Fighters (EFF – ökonomische Freiheitskämpfer) gewinnt mit aggressiver antiweißer und antiindischer Propaganda viel Zuspruch. Ihr charismatischer Vorsitzender Julius Malema wirft dem ANC vor, dem „weißen Monopolkapital“ zu dienen. Weiße zögen hinter der ANC-Fassade immer noch die Strippen. Die EFF sind inzwischen die drittstärkste Partei im Parlament. Ihr umgekehrten Revanche-Rassismus vorzuwerfen, ist nicht übertrieben.

**Achterbahn** (Südafrikas Pro-Kopf-BIP)



Viele Menschen denken folglich, die weiße Minderheit führe in Südafrika heimlich immer noch Regie. So sehen das auch manche ANC-Mitglieder. Die Fakten sprechen allerdings dagegen. Das Steuersystem ist progressiv. Der Staat unterstützt arme Schwarze mit erheblichen Summen. Etwa 19 Millionen von 60 Millionen Südafrikanern bekommen Sozialleistungen, und das

Staatshandeln ist konsequent auf „black empowerment“ (Befähigung der Schwarzen) ausgerichtet.

So gehören denn auch die Bildungsausgaben Südafrikas mit rund 6,5 Prozent der Wirtschaftsleistung zu den höchsten der Welt. Wasser-, Strom- und Sanitärinfrastruktur werden systematisch ausgebaut und schwarze Unternehmer großzügig

gefördert. Privatfirmen werden ermutigt, im Interesse der schwarzen Mehrheit zu handeln – und Gesetze erzeugen entsprechenden Druck.

Viefältige Belege weit verbreiteter Korruption tragen aber dazu bei, dass weiterhin angenommen wird, der ANC beute arme Schwarze aus. In mancher Hinsicht – besonders, was Grundbesitz angeht – bleibt

## Rückblick auf die Apartheid

Die Apartheid war ein rassistisches System, das Menschen verschiedener Hautfarben streng getrennt hielt. Jahrzehntlang kontrollierte die weiße Minderheit so das ganze Land.

1948 gewann die Nationalpartei Wahlen, an denen nur Weiße teilnahmen. Sie vertrat die Interessen der Afrikaner, der weißen Siedler überwiegend niederländischer Herkunft. Diese sahen das Ergebnis als Triumph über die südafrikanischen Briten. Die Nationalpartei bestand dann mit brutaler Effizienz auf Rassentrennung, worunter die schwarze Mehrheit zu leiden hatte.

Schwarzen waren viele Orte und öffentliche Einrichtungen verschlossen. In die Innenstädte durften sie nur, um zu arbeiten. Wo sie wohnen durften, war eng begrenzt. Die Versorgung ihrer Stadtteile war schlecht und ihr Zugang zur Justiz begrenzt. Gewerkschaften waren zwar nicht verboten, aber Apartheid-Gesetze schränkten sie so sehr ein, dass sie die Interessen schwarzer Belegschaften nicht wirkungsvoll vertreten konnten. Mischehen waren illegal.

Gold, Diamanten und andere Rohstoffe trieben die Wirtschaft an. Der Bergbau, der

schwarze Arbeitskräfte ausbeutete, ließ das weiße Südafrika prosperieren. Allerdings wuchs der Widerstand im In- und Ausland.

1976 flammten Protest und Gewalt in Soweto bei Johannesburg auf und griffen bald auf das ganze Land über. In der Folge riefen zivilgesellschaftliche und kirchliche Gruppen weltweit zum Boykott südafrikanischer Produkte auf. 1986 beschloss sogar der US-Kongress Wirtschaftssanktionen. Derweil waren Befreiungsbewegungen in

Nachbarländern – besonders in Mosambik, Angola und Simbabwe – zunehmend erfolgreich, sodass Südafrika zunehmend isoliert war. Sein Militär aus weißen Freiwilligen war sichtlich überfordert.

Derweil führte die Unterdrückung der Schwarzen im Inland zu immer deutlicherer internationaler Ächtung. Die Spitze der Nationalpartei begann – zunächst im Geheimen – Verhandlungen mit dem ANC (African National Congress). Präsident Frederik Willem de Klerk dachte, ein Abkommen mit dem ANC werde Sonderrechte und Privilegien für die Weißen sichern – und zwar besonders für die Afrikaner.

Es kam aber anders. Der ANC wurde legalisiert, und die Versammlung für ein demokratisches Südafrika (Convention for a Democratic South Africa – CODESA) nahm 1990 die Arbeit auf. Viele Anti-Apartheids-Organisationen nahmen teil, aber die Hauptrollen spielten der ANC und die Nationalpartei. In langen und intensiven Debatten entstand eine liberale Verfassung, die Grundrechte für Individuen, aber nicht für Bevölkerungsgruppen vorsieht. Der ANC ist seit den ersten demokratischen Wahlen von 1994 an der Macht – mit gemischten Ergebnissen (siehe Haupttext).

JC



**Feierlichkeiten zur Verabschiedung der neuen Verfassung im Mai 1996: Präsident Nelson Mandela, sein Stellvertreter Frederik Willem de Klerk und Cyril Ramaphosa als Vorsitzender der verfassungsgebenden Versammlung.**

der Fortschritt zugunsten schwarzer Bürger tatsächlich sehr langsam.

Ursächlich sind aber nicht irgendwelche Verschwörungen. Vielmehr sind Behörden ineffizient, verschwenderisch und korrupt. ANC-Mitglieder auf Führungspositionen zu berufen, sollte schwarze Interessen stärken, aber das Ergebnis war leider auf der Ebene von Kommunen und Provinzen allzu oft behördlicher Stillstand. Manche staatlichen Dienstleistungen werden gar nicht erbracht.

Dafür gibt es aber auch noch andere Gründe. Vor allem schränkt ungenügendes Wirtschaftswachstum unsere Möglichkeiten ein. Südafrika braucht beschäftigungsintensives, hohes und anhaltendes Wachstum, um über die Jahrzehnte neue Chancen für alle zu schaffen. So können Ungleichheit und Verelendung überwunden werden. Damit die Aussichten der schwarzen Mehrheit besser werden, muss zusätzlicher Wohlstand entstehen. Mit dem Versuch, nur bestehenden Wohlstand umzuverteilen, führte Zuma das Land in eine Sackgasse.

2018 wurde Cyril Ramaphosa Zumas Nachfolger. Er spricht anders und verhält



sich anders. Er hat den Niedergang gestoppt, es aber auch wegen Verschwendung, mangelnder Rechenschaftspflicht und genereller Konfusion im Staatsdienst bislang nicht vermocht, einen neuen Aufschwung auszulösen. Die Corona-Pandemie hat das Land zusätzlich hart getroffen. Ramaphosa spielte als ANC- und Gewerkschaftsfunktionär im Kampf gegen die Apartheid eine wichtige Rolle und ist später im Privatsektor zu einem der reichsten Bürger Südafrikas geworden.

Um voranzukommen, braucht Südafrika ein neues Narrativ. Es muss an die Visi-

on der Regenbogen-Nation anknüpfen und im Blick auf Gegenwart und Zukunft Verbindendes und nicht Trennendes betonen. Hautfarbe und Wohlstand korrelieren in Südafrika, aber die Aufmerksamkeit muss darauf gerichtet werden, allen Chancen zu eröffnen. Rassistisches Denken hat zu den Krisen der Vergangenheit beigetragen. Wir dürfen darin nicht verharren.

Das heißt aber auch, dass die Aufarbeitung unserer Geschichte wichtig bleibt. Schmerzhaftes Erinnerungen können auf hilfreiche Weise lehrreich sein. Ein neuer Gesellschaftsvertrag kann nur gelingen, wenn alle Parteien sich der Frage stellen, wie die Apartheid zustande kam, was sie bedeutete und wie sie endete. Die Lehre daraus ist, dass Hautfarbe keine Sonderrechte begründen darf.



**JAKKIE CILLIERS**  
ist Gründer und ehemaliger  
Exekutivdirektor des  
gemeinnützigen Institute for  
Security Studies mit Büros in  
Südafrika, Senegal, Äthiopien und Kenia.

[jcilliers@issafrica.org](mailto:jcilliers@issafrica.org)



Werden Sie  
unser Fan auf  
Facebook!



HAUTAUFHELLER

# Schwarz und schön

**In vielen Ländern niedrigen Einkommens geben Menschen Geld für hautaufhellende Produkte aus. Gesundheitsrisiken schrecken sie dabei nicht ab. Doch die rassistischen Schönheitsideale, die diesen Produkten zugrunde liegen, könnten an Bedeutung verlieren.**

**Von Mahwish Gul**

Insbesondere Frauen kaufen weltweit Kosmetikprodukte, um ihre Haut heller erscheinen zu lassen. Die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) rechnete in einer 2019 veröffentlichten Studie damit, dass der globale Umsatz von aufhellenden Cremes bis 2024 bei 31,2 Milliarden Dollar liegen wird. Der multinationale Kosmetikerhersteller Unilever macht mit solchen Produkten allein in Indien mehr als 500 Millionen Dollar Umsatz im Jahr.

Doch es gibt Anzeichen dafür, dass die Nachfrage abnimmt. So nannte Unilever seine bereits seit 45 Jahren verkaufte Creme „Fair & Lovely“ um. Sie ist eines der beliebtesten Schönheitsprodukte in Südasien. Nun heißt sie „Glow & Lovely“. Gleichzeitig stellte der Pharmariese Johnson & Johnson den Verkauf von zwei seiner Aufhellungscremes in Asien ganz ein.

Kosmetikerhersteller scheinen sich vermehrt von aufhellenden Produkten zu distanzieren. Das könnte an den immer bekannter werdenden Informationen über Gesundheits- und Umweltrisiken der Aufheller liegen. Aber auch das globale Engagement von Aktivisten gegen rassistische Stereotype könnte ein Grund sein.

Einige der Aufheller werden mit schädlichen Chemikalien wie Quecksilber und Bleichmitteln hergestellt. Zu den gesundheitlichen Folgen zählen laut WHO Nierenschäden, Hautausschläge, Hautverfärbungen und Narbenbildung. Das in manchen Weißmachern enthaltene Quecksilber kann auch ins Abwasser und in die Nahrungskette gelangen – so kann zum Beispiel Fisch damit belastet sein. Neben Cremes sind auch Pillen und Spritzen beliebt.

Unilever gibt an, keine schädlichen Chemikalien für die Cremes zu verwenden.

Stattdessen nutze es Vitamin B3, Glycerin und Sonnenschutzmittel. Mit dem neuen Namen nennt Unilever sein Produkt auch nicht mehr Hautaufheller. Es sei dafür da, „Ausstrahlung und Glanz zu verbessern“, indem es den Hautton betone und die Hautstruktur glätte. Doch in älteren Werbeanzeigen stellte Unilever einen Zusammenhang zwischen heller Haut und Schönheit her, wobei Vorurteile gegenüber Menschen mit dunklerer Hautfarbe instrumentalisiert und verstärkt wurden.

## URSPRÜNGE DES „COLOURISM“

In Südasien werden diese historisch verwurzelten Vorurteile als „Colourism“ bezeichnet. Die Moguln, die vom 16. bis 19. Jahrhundert weite Teile Südasiens beherrschten, hatten eine hellere Hautfarbe als indigene Völker. Und schon vor Ankunft der Moguln hatten die hochrangigen Kasten – besonders die Brahmanen – eine hellere Hautfarbe als die unterste Kaste der Dalits. Europäische Kolonisten vertieften diese Kluft weiter. Hellere Haut wird in Südasien mit Status, sozialer Akzeptanz, wirtschaftlichen Chancen und Selbstwertgefühl in Verbindung gebracht.

Auch in Afrika machen Unternehmen ein gutes Geschäft mit hautaufhellenden

Produkten. „Hellere Haut bedeutet häufig einen schnelleren und einfacheren Zugang zu besser bezahlten Jobs, insbesondere im Vertrieb und Marketing“, schreibt Vicky Colbert vom Borgen Project, einer US-Nichtregierungsorganisation.

Die Produktnachfrage in Afrika hat einen ähnlichen Ursprung wie in Südasien: eine hierarchische Gesellschaftsordnung, die von ihren Opfern verinnerlicht wurde. Der Sklavenhandel und die Kolonialherrschaft führten zu Ungleichheiten in Status, Reichtum und Schönheit. Laut Colbert ist „das bestehende strukturelle Glaubenssystem ein Erbe rassistischer Ansichten, die weiße Europäer als überlegen positionieren“. Schönheitsideale werden zudem vermutlich durch Fotos von prominenten Schwarzen in den USA verstärkt. So ist der Teint von Stars wie Beyoncé eher hell.

Doch Schönheitsstandards können sich ändern. „Schwarz bin ich und schön“, heißt es im Hohelied im Alten Testament. Eine junge Frau feiert ihre Schwärze und fragt: „Wozu denn sollte ich wie eine Verschleierte sein?“ Dass schwarze Haut schön ist, ist also ein uraltes Verständnis. Und langsam kommt es auch wieder zurück in Regionen, in denen Frauen immer noch versuchen, ihre Schwärze zu verbergen.



**MAHWISH GUL**  
ist Beraterin mit dem  
Schwerpunkt  
Entwicklungsmanagement.  
Sie lebt in Nairobi.

[mahwish.gul@gmail.com](mailto:mahwish.gul@gmail.com)



**Verkäufer mit  
hautaufhellenden  
Produkten in  
Abidjan, Côte  
d'Ivoire, 2016.**

KASTENBASIERTE DISKRIMINIERUNG

# Ganz unten

**Die Dalits, früher die „Unberührbaren“, sind in Nepal weitverbreiteter Diskriminierung ausgesetzt und erfahren oft Gewalt durch Menschen aus höheren Kasten. Die Regierung sollte ihre Pflichten aus nationalen Gesetzen und internationalen Verträgen wahrnehmen und die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft schützen.**

Von Rukamane Maharjan

Für ein mit 29 Millionen Menschen eher kleines Land ist Nepal ethnisch und sozial enorm vielfältig. Nach der letzten Volkszählung von 2011 hat es offiziell 126 ethnische Gruppen und soziale Kasten.

Im hinduistischen Kastensystem Nepals gibt es vier große soziale Schichten. Die Brahmanen stehen an oberster Stelle, die Sudra – auch Dalits oder Unberührbare genannt – ganz unten. Unabhängig davon besteht mehr als ein Drittel der Bevölkerung aus indigenen Völkern – Adibasi Janajatis –, zu denen 63 Ethnien gehören. Über die Jahrhunderte wurden nichthinduistische Indigene ins hinduistische Kastensystem aufgenommen, übernahmen aber nicht alle Praktiken. In Indien sieht es ähnlich aus.

Ethnische und kulturelle Vielfalt kann eine Stärke für ein Land sein – aber auch eine große Schwachstelle, sofern es Diskriminierung und Gewalt zwischen den Gruppen gibt. Leider fördert das nepalesische Kastensystem beides, insbesondere gegen Dalits.

Nepals erstes geschriebenes Gesetz, das Muluki Ain, trat 1854 in Kraft und basierte auf dem Kastensystem. Das neue Muluki Ain von 1963 verwendete eine kastenneutrale Sprache und erklärte manche Formen der Diskriminierung für unrechtmäßig. Außerdem hat Nepal die UN-Rassendiskriminierungskonvention verabschiedet, die 1969 in Kraft getreten ist. Damit hat sich das Land verpflichtet, kastenbasierte Diskriminierung zu beenden und gleiches Recht und Würde für alle zu garantieren.

Zudem verabschiedete Nepals Parlament im Mai 2011 das Kastenbasierte Diskriminierungs- und Unberührbarkeitsgesetz.

Dieses verbietet explizit Diskriminierung aufgrund von Brauchtum, Tradition, Religion, Kultur, Ritualen, Herkunft, Kaste, Rasse, Abstammung, Beschäftigung oder Geschäftstätigkeit. Wie auch Bestimmungen des Zivil- und Strafgesetzbuches des Landes von 2017 verhängt es Strafen gegen kastenbasierte Diskriminierung. Auch die Verfassung von 2015 gewährt den Dalits grundlegende Rechte.

In der Realität halten kastenbasierte Diskriminierung und Gewalt jedoch an. Ein jahrhundertealtes Kastenbewusstsein bestimmt weiter Identität und Sozialstatus und durchdringt alle Bereiche der Gesellschaft. Selbst Amtsträger und gebildete Menschen halten an Vorurteilen fest und diskriminieren andere Kasten.

## AUSGRENZUNG UND GEWALT

Am stärksten werden die Dalits diskriminiert – eine Kategorie, zu der etwa 20 verschiedene Gruppen zählen. Dalits machen laut Volkszählung von 2011 etwa 13,6 Prozent der Bevölkerung Nepals aus, das sind rund 3,6 Millionen Menschen. Die Idee der „Unberührbarkeit“ kam vor Jahrhunderten auf, als privilegierte Schichten begannen,

Ureinwohner mit „unsicheren Einkünften“ als unrein zu betrachten.

Daraus entwickelte sich allgemeine Ächtung. Heute erleben Dalits physischen und psychischen Missbrauch in fast allen Lebensbereichen. Sie erleiden Armut, Landlosigkeit, Ausgrenzung und Diskriminierung im öffentlichen und privaten Leben. Sie dürfen keine Gebetsstätten betreten, die sogenannten oberen Kasten akzeptieren kein Essen und kein Wasser, das Dalits berührt oder ihnen gereicht haben. Medizinisch ausgebildete Dalits bekommen schwerer Jobs. Kastenübergreifende Ehen mit Dalits werden vehement abgelehnt.

Dalits werden oft angegriffen oder getötet. Besonders Dalit-Frauen sind gefährdet und oft Opfer von Menschenhandel und Sexsklaverei. 2007 kamen etwa 400 Dalit-Frauen von der Badi-Community in die Hauptstadt Kathmandu, um gegen die weitverbreitete Praxis zu demonstrieren, Mädchen aus ihrer Gemeinschaft zur Prostitution zu zwingen. Sie forderten auch bessere Wohnmöglichkeiten, Farmland und kostenlose Bildung für ihre Kinder. Ihre Bitten blieben unerhört.

Bis heute erfahren Dalits Diskriminierung und Gewalt. Die Ermordung von sechs jungen Dalits im Mai 2020 in Nepals Mittlerem Westen – deutlicher Ausdruck von Kastenhass – fand weltweite Beachtung. Der 21-jährige Nawaraj Bishwakarama und fünf seiner Freunde wurden getötet, als sie versuchten, Bishwakaramas 17-jährige Freundin aus einer höheren Kaste aus



Polizisten blockieren im Mai 2020 eine Kundgebung von Dalits während des Corona-Lockdowns in Kathmandu.



seinem Dorf in ihres zu bringen. Die Eltern des Mädchens lehnten eine Heirat ab, daher wollten die beiden sich absetzen. Berichten nach griffen Familie und Nachbarn des Mädchens die jungen Männer an und töteten sie.

Am selben Tag fand man in Westnepal das 13-jährige Dalit-Mädchen Angira Pasi an einem Baum erhängt auf. Tags zuvor soll der 25-jährige Birendra Bhar sie vergewaltigt haben. Statt das der Polizei zu melden, entschieden Anwohner und Gemeindevertreter, das Mädchen mit Bhar zu verheiraten. Da eine Vergewaltigung ein Stigma ist, stimmte Angiras Mutter dem Arrangement zu und schickte sie zu Bhars Familie.

Statt das Mädchen einzulassen, schlug Bhars Mutter es jedoch. Als es später tot aufgefunden wurde, wollte die Polizei Bhar zunächst nicht verklagen – erst nach öffentlichen Protesten gab sie nach.

Leider sind solche Ereignisse nicht selten. Im September 2020 wurde eine 12-jährige Dalit vergewaltigt und umge-

bracht. Im Juni 2018 wurde eine 21-jährige Dalit-Aktivistin von einer Gruppe vergewaltigt und ermordet. Ebenfalls 2018 wurde die Bezirksvertreterin Mana Sarki in ihrer Wohnung erschlagen. 2016 wurde der 18-jährige Ajit Mijar getötet, weil er ein Mädchen aus einer sogenannten höheren Kaste geheiratet hatte.

Seit 2011 wurden Medienberichten zufolge mehr als zwei Dutzend Dalits umgebracht, weil sie sich nicht an die Kastennormen gehalten hatten – oft durch kastenübergreifende Eheschließung. In nur einem Jahr registrierten Polizeibeamte 30 Verbrechen im Zusammenhang mit der Unberührbarkeit.

## VERWEIGERTES RECHT

Diese Zahlen sind die Spitze des Eisbergs. Viele Vorfälle werden nicht gemeldet, weil sich die Dalits vor Repressalien fürchten und davor, selbst von den eigenen Leuten gemieden zu werden. Ein Schleier des Schweigens verdeckt die systematische Verweigerung von Rechten der zu Opfern gewordenen Dalits und ihrer Familien. Der Polizei wird unterstellt, sich bisweilen blind zu stellen, wenn es um Verbrechen gegen Dalits geht.

Der UN-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung (Committee on the Elimination of Racial Discrimination – CERD) – eine Expertengruppe, die überwacht, wie die Mitgliedstaaten die UN-Rassendiskriminierungskonvention umsetzen – äußerte wiederholt Sorgen bezüglich kastenbasierter Diskriminierung in Nepal. Im Mai 2018 kriti-

sierte er Nepal für die schlechte Umsetzung seiner Antidiskriminierungsgesetze. Laut dem Ausschuss werden Dalits weiter ausgeschlossen von Gebetsstätten, öffentlichen Räumen, öffentlicher Wasser- und Lebensmittelversorgung, Bildungseinrichtungen und Wohngebieten, in denen Angehörige anderer Kasten leben.

Der CERD forderte Nepal auf, sicherzustellen, dass die Polizei alle Beschwerden über rassistisch motivierte Diskriminierung erfasst. Die Fälle müssen gründlich untersucht, strafrechtlich verfolgt und sanktioniert werden. Auch forderten die UN-Experten, Nepal solle für eine angemessene Entschädigung der Opfer sorgen. Leider hat Nepal diesbezüglich kaum Fortschritte gemacht. Die Regierung versagt in ihrer Pflicht, Dalits zu schützen und die Verantwortlichkeit für kastenbasierte Verbrechen zu übernehmen. Dadurch erleben die Täter Straffreiheit, und die Dalits bleiben Diskriminierung und Gewalt weiterhin ausgesetzt.

Im Januar 2021 machte der UN-Menschenrechtsrat im Rahmen seiner regelmäßigen Überprüfung Vorschläge. Was daraus wird, bleibt abzuwarten. Gesellschaftliche Einstellungen ändern sich in der Regel langsamer, als neue Rechtsprinzipien in Kraft treten.



**RUKAMANEE MAHARJAN**  
ist Juradozentin an der  
Tribhuvan-Universität in  
Kathmandu.  
[rukamanee.maharjan@nlc.tu.edu.np](mailto:rukamanee.maharjan@nlc.tu.edu.np)

[tu.edu.np](http://tu.edu.np)

## #DalitLivesMatterNepal

Wenn Nepal eine gerechtere Gesellschaft werden will, müssen erst die Menschen aus den unteren Kasten eine Stimme bekommen. Eine neue Initiative ist #DalitLivesMatterNepal, die unter dem Slogan „Uniting against inhumanity, standing with the Untouchables“, ein Online-Forum zum Austausch von Informationen über Diskri-

minierungen gegen Dalits eingerichtet hat.

Die Bewegung will gegen Unberührbarkeit selbst vorgehen und hebt auf dem Online-Forum alle Formen kastenbasierter Diskriminierung gegen Dalits hervor. Dazu zählen Belästigung, Entmenschlichung, Vergewaltigung und Mord (siehe Hauptartikel). Die Organi-

satoren der Initiative sind junge Menschen, die über soziale Medien ein großes Publikum erreichen können.

Das Engagement junger Menschen macht Hoffnung darauf, dass Nepal seinen Kurs ändert und Dalits künftig gleiche Rechte gewährt. Leider hat die Initiative weniger Schwung aufgenommen als 2020 die Black-Lives-Matter-Bewegung infolge von George Floyds Ermordung in Minneapolis durch die Polizei.

So oder so: Eine Online-Initiative allein reicht nicht. Die Regierung muss Verantwortung übernehmen, um alle Formen der kastenbasierten Diskriminierung zu verhindern – das bedeutet auch, jene zu verfolgen, die Dalits attackieren. Auch internationale Hilfsorganisationen spielen eine Rolle und sollten berichten, wenn sie etwa bei der Vergabe von Hilfsmitteln Diskriminierung miterleben.

RM

DISKRIMINIERUNG

# Indonesiens ethnische Ressentiments

**Vor mehr als zwei Jahrzehnten hat Indonesien bereits formell Gesetze abgeschafft, die die Diskriminierung von Bürgern chinesischer Herkunft fördern. Die Vorurteile zu überwinden dauert aber.**

Von Edith Koesoemawiria

„Ich möchte nicht in diese Straße fahren, sie ist zu voll“, sagt der Taxifahrer Anwar aus Jakarta. Eine merkwürdige Bemerkung, denn der Verkehr in der Stadt ist durch die Covid-19-Restriktionen ziemlich ausgedünnt. Aber weiterhin scheuen einige Fahrer vor bestimmten Seitenstraßen zurück – wie etwa jener, die zum Petak-Sembilan-Markt in Jakartas Chinatown führt. Vielleicht geht es dem Taxifahrer wirklich darum, den Stau zu vermeiden. Möglich ist aber auch, dass er die Gegend meidet, weil die Bewohner – zu Unrecht – einen schlechten Ruf haben.

Jakartas Chinatown hat schwere Zeiten durchgemacht. Die Pandemie hat das Geschäftstreiben in der ganzen Stadt eingeschränkt, doch dieses Viertel ist besonders betroffen. In schwierigen Zeiten neigen die Menschen dazu, zu glauben, anderen gehe es besser als ihnen selbst – in Indonesien richtet sich solcher Argwohn oft auf Bürger chinesischer Herkunft.

Einige der Animositäten haben mit Arbeit zu tun. Indonesien ist einer der Hauptstandorte von Chinas „Belt and Road“-Initiative zum Bau von Infrastruktur. An die 1000 chinesische Unternehmen sind im Land präsent; sie sind in Baugewerbe, Bergbau und Elektrotechnik aktiv und haben mindestens 25000 Arbeiter aus China mitgebracht. Die Firmen beschäftigen gerne Arbeiter, die Mandarin sprechen. Die Anwesenheit so vieler ausländischer Arbeiter ärgert viele Indonesier.

Aber die antichinesischen Ressentiments gehen über den aktuellen Unmut wegen Arbeitsplätzen hinaus. Indonesische Staatschefs haben Chinesischstämmige seit Kolonialzeiten diskriminiert. Immer wie-

der griffen Mobs Chinesen an – teils sogar staatlich gebilligt. 1740 töteten Soldaten der Niederländisch-Ostindien-Kompanie etwa 10000 ethnische Chinesen. Diskriminierung war über Jahrhunderte hinweg legal erlaubt und verbreitet und gipfelte in antichinesischen Gesetzen, die der autokratische Präsident Suharto in den 1960er-Jahren erließ. Diese diskriminierenden Gesetze wurden aufgehoben, die Fremdenfeindlichkeit besteht aber fort (siehe Kasten nächste Seite).

## GELEBTE BIGOTTERIE

Vorurteile gegen Chinesen kommen meist zu Wahlkampfzeiten hoch. Es sei an die Hass-Kampagne gegen den ersten chinesischstämmigen Gouverneur Jakartas, Basuki Tjahaja Purnama (bekannt unter seinem chinesischen Spitznamen Ahok), erinnert. Er kam 2012 ins Amt, nachdem sein Vorgänger Joko Widodo zum Staatspräsidenten gewählt worden war. Ahok war sein Stellvertreter. Als er für die nächste Wahl kandidierte, wurde er Ziel rassistischer

Attacken. Als Christ hatte er es in einer muslimisch dominierten Gesellschaft zusätzlich schwer. General Surya Prabowo sagte, Ahok solle „seinen Platz kennen, damit die Indonesier nicht die Folgen seines Handelns tragen müssen“. Zudem gab es große Anti-Ahok-Demos.

Viele Indonesier fürchteten, es könne wieder zu antichinesischen Ausschreitungen kommen wie im Mai 1998. Damals hatten Bürgerwehren zwei Tage lang in verschiedenen indonesischen Städten randaliert. Fast 1000 Menschen wurden dabei getötet und 87 Frauen vergewaltigt – die meisten chinesischer Herkunft. Ahok gewann die Wiederwahl nicht.

Vorurteile klingen bis heute nach. Im September 2020 druckte die Regierung eine neue 75000 Rupiah-Banknote (umgerechnet etwa 4,50 Euro), um des 75. Jahrestags der Unabhängigkeit Indonesiens zu gedenken. Einen der neuen Geldscheine zierte eine traditionelle chinesische Tracht. Es folgte ein Aufschrei in den sozialen Medien; Indonesier fragten, ob chinesische Bilder auf die Währung gehörten. Erst nachdem die Regierung versicherte, es handle sich um Kleidung eines Eingeborenenstamms auf Borneo, legte sich der Sturm.

Auch andere ethnische Minderheiten werden diskriminiert. Im August 2019 attackierten indonesische Nationalisten in der javanischen Stadt Surabaya melanesische Studenten aus Papua und beschimpften sie als „Hunde“ und „Affen“. Papua-Studenten



Shoppen im Chinatown von Jakarta: Covid-19 hat alles runtergefahren.



von den Maluku-Inseln im Osten Indonesiens machten ähnliche Erfahrungen in Zentraljava.

Derartige Ereignisse erinnern an eine lange Geschichte voller ethnischer Spannungen und Diskriminierung. Viele Wissenschaftler führen das Problem auf die Kolonialzeit zurück. Die Niederländer errichteten in ihrer ehemaligen Kolonie Niederländisch-Ostindien ein Klassensystem. Europäer galten als Ausländer erster Klasse. Asiatische Ausländer, besonders chinesischer oder indischer Herkunft, die oft zu relativ wohlhabenden Handelsfamilien gehörten, sahen sie als Mittelsleute zweiter Klasse. Einheimische wurden als Menschen dritter Klasse ausgebeutet und unterworfen. Dieses System schürte Feindschaften zwischen Chinesischstämmigen und Einheimischen.

Mit der Zeit setzte sich die Identitätspolitik durch, Bürgerrechte wurden

mit Herkunft verknüpft. Als einheimische Gruppen an die Macht kamen, wurden Menschen chinesischer Herkunft als Unterkategorie behandelt, obwohl sie sich längst an die Einheimischen assimiliert hatten. Nichteinheimische erhielten das Stigma des „Andersseins“. Besonders die wirtschaftlich oft gut gestellten ethnischen Chinesen ernteten tiefes Misstrauen, wie der indonesische Wissenschaftler Irawan S.S. Basuki in einem Artikel schreibt.

Basuki fordert Indonesiens Geschichte in ausgewogener Weise neu zu schreiben und so uralte Vorurteile beizulegen, um die ethnischen Spannungen im Land zu überwinden. „Wir können unsere Sicht auf die Chinesen ändern, indem wir ihre Geschichte auf eine verhältnismäßige und kontextbezogene Weise neu schreiben“, sagt er. „Studenten müssen deren Beitrag im Kampf um die Unabhängigkeit in den Geschichtsbüchern nachlesen können.“

### MULTIKULTURALITÄT FEIERN

Kürzlich hat Indonesien eine Kampagne gestartet, um interkulturelle und interreligiöse Verständigung zu fördern. Verschiedene große Religionsgruppen halten regelmäßig Gottesdienste ab, um das breite Spektrum religiöser Praktiken im Land zu zeigen. Regierung, Medien und Nichtregierungsorganisationen zeigen der Öffentlichkeit so, wie

multikulturell das Land ist, und betonen die Notwendigkeit sozialer Inklusion. Solche Bemühungen beginnen Früchte zu tragen.

Rund um das chinesische Neujahr lockt Jakartas Chinatown mit seinen buddhistischen Tempeln, Essensständen und Löwentänzen Indonesier jeglicher Herkunft zum Feiern herbei. Es hilft, dass die Regierung das chinesische Neujahr vor 20 Jahren zu einem Nationalfeiertag erklärt hat.

Zudem betont die Regierung gerne Indonesiens „Exotik“. Tourismusbroschüren propagieren das Bild einer extravaganten, bunten, unkonventionellen „Andersartigkeit“ – ein zweischneidiges Schwert, da der positive Begriff des „Exotischen“ und der negative Begriff des „Andersseins“ verschmelzen.

Indonesien profitiert vielfach von seiner kulturellen Vielfalt. Es spielt aber eine Rolle, ob man diese hervorhebt oder auch sicherstellt, dass jene, die diese Traditionen leben, andere Gruppen als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft akzeptieren. Die Bevölkerung muss diese Gleichberechtigung auf den rund 6000 bewohnten Inseln des Landes auch leben.



**EDITH KOESOEMAWIRIA**  
ist freie Journalistin.

hidayati@gmx.de

## Eine Geschichte von „uns und ihnen“

2009 stellte der stellvertretende Gouverneur von Westkalimantan – einer indonesischen Provinz in Südborneo – schockiert fest, dass Anwohner chinesischer Herkunft regelmäßig ihre indonesischen Einbürgerungsurkunden im Ausländeramt Pontianak vorlegen mussten, dabei war diese Auflage 13 Jahre zuvor abgeschafft worden. Das Amt hatte das Gesetz einfach nicht umgesetzt. Der über den impliziten

Rassismus frustrierte stellvertretende Gouverneur Christyandy Sanjaya ordnete an, das zu ändern.

Leider wimmelt es in der Geschichte Indonesiens von solchen Beispielen. Das Thema verliert nur langsam an Brisanz. Präsident Suharto veranlasste während seines autoritären „Neue Ordnung“-Regimes (1967–1998) Folgendes:

- er schloss alle chinesischen Schulen,

- er erlaubte Regionalbehörden in Aceh und Nordsumatra, ethnische Chinesen auszuweisen,
- er verbot, chinesische Kultur zur Schau zu stellen, inklusive der Darstellung chinesischer Schrift und
- er erlaubte, nur eine Zeitung in chinesischer Sprache zu veröffentlichen – und das nur unter Militärkontrolle.

Ethnische Chinesen mussten indonesisch klingende Namen annehmen.

Die Lage hat sich seit Suhartos Fall 1998 geändert. Im Jahr 2000 hob Präsident Abdurrahman Wahid Verbote zur Ausübung chinesischer Kultur

auf. Trotzdem gibt es immer wieder rassistische Vorfälle – etwa wenn Chinesischstämmige für Wahlen kandidieren (siehe Hauptartikel).

Mindestens zwei Generationen von Indonesiern haben seit der Unabhängigkeit 1945 in einer Republik gelebt. Seit der Kolonialzeit bestehende ethnische Spannungen können nicht mehr früheren Herrschern angelastet werden. Angesichts der Tatsache, dass es bis heute Vorurteile und Diskriminierung gibt, fragt man sich, wie viel Zeit noch vergehen muss, bis Bürger jeglicher Herkunft in Indonesien als gleichberechtigt gelten. EK



Während einer Gedenkfeier in Auschwitz, Polen, zeigen Menschen eine Roma-Flagge zur Erinnerung an die Roma und Sinti, die im Zweiten Weltkrieg von Nazi-Deutschland getötet wurden.

SINTI UND ROMA

## Die unsichtbaren Millionen

Die Geschichte der Roma, zu denen heute rund 12 Millionen Europäer gehören, ist geprägt von Ausgrenzung und Verfolgung. Besonders schlimm war es unter der Herrschaft der Nationalsozialisten, aber Vorurteile und Diskriminierung bestehen fort. Die EU will dem zwar ein Ende setzen, Integration muss aber auf nationalstaatlicher Ebene erfolgen.

Von Sheila Mysorekar

Zu den Roma zählen etwa 12 Millionen Menschen, und sie sind in ganz Europa extrem diskriminiert. „Roma“ (vom Singular: Rom = Mensch) ist die Selbstbezeichnung einer Volksgruppe, die vor über 1000 Jahren aus dem Nordwesten Indiens nach Westen bis nach Europa abwanderte. Die Sinti sind eine Teilgruppe der Roma und seit Jahrhun-

derten im deutschsprachigen mitteleuropäischen Raum beheimatet. Die Bezeichnung Sinti für die mitteleuropäischen Gruppen leitet sich möglicherweise von der Region Sindh (im heutigen Indien und Pakistan) ab.

Über die Ursprünge der Roma ist nicht viel bekannt. Ihre Wanderung aus dem heutigen Indien und Pakistan nach Europa dauerte etwa 500 Jahre, und sie kamen auf unterschiedlichen Migrationswegen. Ihre Sprache, Romanes, ist mit dem altindischen Sanskrit verwandt, beinhaltet jedoch Elemente von anderen Sprachen, je nach Heimatregion – so gibt es in Deutschland ein „deutsches Romanes“. Dies zeigt, dass die Roma aus sehr heterogenen Gruppen bestehen. Auch ihre Religion richtete sich eher nach der Mehrheitsgesellschaft, je nachdem, wo sie leben; in Mitteleuropa also sind sie in der Regel christlich.

In der offiziellen Definition der EU umfasst Roma „verschiedene Gruppen wie Roma, Sinti, Kalé, Romanichals, Bojasch/Rudari, Aschkali, Ägypter, Jenische, Dom, Lom, Rom und Abdal sowie Fahrende (gens du voyage, Gypsies, Camminanti usw.)“. Jedes europäische Land hat andere Namen für Menschen dieser Minderheit – teils auch abwertende. Eines ist allen gleich: Sie waren in der Regel Ausgestoßene und durften sich nicht fest ansiedeln. Dies machte sie zu fahrendem Volk, was aber nicht unbedingt eine freiwillige Entscheidung war, sondern eine Konsequenz aus ihrer Rechtlosigkeit. In Südosteuropa wurden sie über Jahrhunderte als Leibeigene unterjocht oder sogar versklavt.

### ANHALTENDE DISKRIMINIERUNG

Die ohnehin schon vorhandene Diskriminierung fand ihren Höhepunkt in Deutschland, in der Verfolgung während des Nazi-Regimes: ab 1934 wurden viele Sinti und Roma zwangssterilisiert und ab 1942 systematisch ermordet. Schätzungsweise fielen etwa eine halbe Million Sinti und Roma in ganz Europa der nationalsozialistischen



Räumung einer Sinti-Gemeinschaft, die in einem Industriegelände in Rom lebte, im Jahr 2019.

Vernichtungspolitik zum Opfer. „Porajmos“ nennen sie diesen Genozid; das heißt auf Romanes „Verschlingen“ oder „Zerstörung“.

Bezeichnend für die anhaltende Diskriminierung auch nach der Nazizeit ist der lange Kampf, den die Überlebenden führen mussten, um überhaupt als Opfer des Faschismus angesehen zu werden. Erst 1982 wurde in Deutschland der Völkermord an den Sinti und Roma anerkannt, und seit 2015 gibt es einen europäischen Gedenktag an die Opfer des Porajmos.

In der Nachkriegszeit arbeitete die deutsche Polizei häufig mit denselben Listen wie die Nazis, auf denen angeblich „kriminelle“ Roma und Sinti verzeichnet waren. Es waren oft dieselben Beamten, die während der Nazizeit die Transporte in die Konzentrationslager organisiert hatten. Die Täter wurden „für ihre Taten nicht zu Verantwortung gezogen“, sagt der Journalist Thies Marsen.

Es gibt einen rassistischen Hintergrund für diese Kontinuität: Antiziganismus. Dies ist die „Abwehrhaltung der Mehrheitsbevölkerungen gegen Roma und Sinti“, so die Bundeszentrale für politische Bildung. Antiziganismus bezeichnet die Ausgrenzungs- und Verfolgungspolitik

in Europa gegen Sinti und Roma seit dem 15. Jahrhundert. Im Antiziganismus werden Mitglieder der Gruppen der Roma und Sinti pauschalisierend als „fremd“ oder „kriminell“ bezeichnet. Mit anderen Worten: Millionen Menschen einer ethnischen Minderheit wird ein solches Verhalten als unveränderliche Wesensart unterstellt. Tatsächlich sind die meisten Roma schon seit Generationen sesshaft; sie werden jedoch nach wie vor als „nomadisch“ betrachtet.

Antiziganismus ist eine bis heute in europäischen Gesellschaften durchaus akzeptierte Grundhaltung vieler Menschen gegenüber Sinti und Roma. Diese Grundhaltung führt zu massiven Diskriminierungen dieser Minderheit. „Der gegenwärtige Antiziganismus“, so der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann, „ist mehr ein Produkt der Vergangenheit als der Gegenwart.“ Die Auswirkungen sind jedoch nach wie vor deutlich zu spüren.

2014 zeigte eine Umfrage im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, dass Sinti und Roma in Deutschland einen extrem schlechten Ruf haben. „Sie sind am wenigsten als Nachbarn erwünscht, und ihr Lebensstil wird besonders häufig als abweichend eingeschätzt“, heißt es darin. Osteu-

ropäer, Muslime, Schwarze, Italiener, Juden und Asylbewerber schnitten besser ab.

Zwei Jahre später belegte eine Studie der Böll-Stiftung, dass fast sechs von zehn Deutschen ein Problem damit hätten, wenn Sinti und Roma in ihrer Nähe wohnen würden. Rund die Hälfte fand, Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden.

### KAMPF UM CHANCENGERECHTIGKEIT

Seit 1995 sind Sinti und Roma in Deutschland als „nationale Minderheit“ anerkannt, was den Staat verpflichtet, ihnen zu ermöglichen, „ihre Traditionen und ihr kulturelles Erbe zu bewahren“. Ihr gesellschaftlicher Status ist jedoch sehr niedrig. Das zeigt sich zum Beispiel in der Bildung, wie eine aktuelle Studie der Arbeitsgemeinschaft RomnoKher von 2021 belegt:

So liegt der Anteil der über 50-Jährigen ohne Schulabschluss bei über 50 Prozent, bei den 30- bis 50-Jährigen sind es knapp ein Drittel, bei den unter 30-Jährigen nur noch 15 Prozent. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung sind es unter 5 Prozent. Knapp 80 Prozent der über 50-Jährigen und etwa 40 Prozent der 18- bis 50-Jährigen hat keinen beruflichen Abschluss. Als Ergebnis

der Studie fordern Sinti und Roma-Verbände, gegen Mobbing und Rassismus in der Schule vorzugehen.

In vielen europäischen Ländern ist die Lage der Roma katastrophal. In der Tschechischen Republik und der Slowakei werden Roma-Kinder oft routinemäßig in Sonderschulen gesteckt, als seien sie lernbehindert, was zu einer faktischen Segregation im Bildungswesen führt. In Bulgarien und Rumänien machen Roma jeweils ein Zehntel der Bevölkerung aus; jedoch haben in Rumänien nur die Hälfte von ihnen Arbeit. In Bulgarien sind nur 46 Prozent der Volksgruppe krankenversichert.

In der gesamten EU sind Roma häufig Opfer von Zwangsräumungen, behördlichen Schikanen und gewalttätigen Angriffen. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) dokumentiert in einem Bericht von 2014 Hassverbrechen verschiedenster Art: Zum Beispiel schreitet die Polizei bei gewalttätigen Angriffen auf Roma oftmals nicht ein, so etwa in Griechenland und Frankreich. Gegen die Täter werde „häufig nicht ernsthaft ermittelt“ und mutmaßliche „rassistische Motive würden ignoriert“, so AI.

In Ungarn gehen rechtsextreme „Bürgerwehren“ gewalttätig gegen Roma vor, weitgehend unbehelligt von der Polizei. Unter dem Deckmantel der „individuellen Förderung“ werden Roma-Kinder oft in separate Schulklassen gesteckt, was zu weiterer Segregation führt.

Die grassierende Covid-Pandemie hatte 2020 für hunderttausende Roma in ganz Europa gravierende Folgen: Wegen der Ausgangsbeschränkungen drohten vielerorts Hungersnöte. Rassistische Ressentiments führten zu Übergriffen und willkürlichen Unterdrückungsmaßnahmen. Hinzu kommen die nach wie vor prekären Lebensbedingungen der Roma in vielen Ländern: Sie haben oft keinen Zugang zu sauberem Wasser und zu medizinischer Versorgung. Dies ist eine humanitäre Katastrophe mitten in Europa und dennoch fast unbemerkt von internationalen Medien.

In allen europäischen Ländern gibt es jedoch seit langem Roma-Selbstorganisationen, die gegen Antiziganismus und für mehr Teilhabe und Chancengleichheit kämpfen. Während der Pandemie wurde beispielsweise die Kampagne #Act4RomaLives initiiert.

Inzwischen wird in Europa generell Rassismus und Diskriminierung mehr thematisiert; das ermutigt viele, ihre Herkunft als Roma nicht mehr zu verleugnen. Inzwischen weiß man von einigen Prominenten, dass auch sie dazu gehören, so etwa die deutsche Schlagersängerin Marianne Rosenberg, der US-amerikanische Schauspieler Yul Brynner oder der britische Musiker Ron Wood, Gitarrist der Rolling Stones. Dies sind einige wenige Erfolgsgeschichten, doch Teilhabe sollte für alle eine Selbstverständlichkeit sein.

### LINK

**RomnoKher, 2021: Ungleiche Teilhabe. Zur Lage der Sinti und Roma in Deutschland.**  
[https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/2021\\_RomnoKher\\_Ungleiche\\_Teilhabe.pdf](https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/2021_RomnoKher_Ungleiche_Teilhabe.pdf)



**SHEILA MYSOREKAR**  
ist freie Journalistin und  
Projektmanagerin bei der  
Deutschen Welle Akademie.  
[sheila.mysorekar@dw.com](mailto:sheila.mysorekar@dw.com)

## Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma und Sinti

2012 führte die EU erstmals eine „Roma-Strategie“ ein, die jedoch keine großen Verbesserungen für die Volksgruppe brachte. Angesichts ihrer drastischen Ausgrenzung und sozioökonomischen Benachteiligung verabschiedete die EU-Kommission im Oktober 2020 einen Zehn-Jahres-Plan zur Unterstützung der Roma in der EU (2020–2030).

Er umfasst die sieben Schwerpunktbereiche Gleichstellung, Inklusion, Teilhabe, Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnen. Für jeden Bereich legte die Kommission neue Ziele fest und sprach Empfehlungen aus, die den

Mitgliedstaaten bei deren Umsetzung helfen sollen.

Die Mindestziele für 2030 lauten:

- Verringerung des Anteils der Roma, die Diskriminierung erfahren, um mindestens die Hälfte;
- Verdoppelung des Anteils der Roma, die Diskriminierungserfahrungen melden;
- Verringerung der zwischen den Roma und der allgemeinen Bevölkerung klaffenden Armutslücke um mindestens die Hälfte;
- Verringerung der Unterschiede bei der Inanspruchnahme frühkindlicher Erziehung um mindestens die Hälfte;

- Verringerung des Anteils der Roma-Kinder, die segregierte Grundschulen besuchen, um mindestens die Hälfte in Mitgliedstaaten mit einer nennenswerten Roma-Bevölkerung;
- Verkleinerung der Beschäftigungslücke sowie der genderspezifischen Beschäftigungslücke um mindestens die Hälfte;
- Verringerung der Unterschiede bei der Lebenserwartung um mindestens die Hälfte;
- Verringerung der in Bezug auf Wohnungsnot bestehenden Unterschiede um mindestens ein Drittel;
- Anhebung des Anteils der Roma mit Zugang zu Leitungswasser auf mindestens 95 Prozent.

Diese Mindestziele sind jedoch nicht verbindlich, und die Zuständigkeit für die Um-

setzung liegt bei den Mitgliedstaaten. Diese müssen nun bis September 2021 nationale Strategien vorlegen und alle zwei Jahre bei der EU-Kommission über deren Umsetzung Bericht erstatten. Und genau da liegt das Problem, sagt Herbert Heuß vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma: „Die Roma sind gerade keine europäische Minderheit, sondern sie sind zuallererst nationale Minderheiten in ihren Heimatländern.“ Gleichstellung und Teilhabe müsse zuerst in den Nationalstaaten beginnen. SMY

### LINK

**EU Roma strategic framework for equality, inclusion and participation for 2020–2030:**  
[https://ec.europa.eu/info/files/union-equality-eu-roma-strategic-framework-equality-inclusion-and-participation\\_en](https://ec.europa.eu/info/files/union-equality-eu-roma-strategic-framework-equality-inclusion-and-participation_en)

Lesen Sie unser Sommer-Special mit einer bunten Mischung künstlerischer Werke.

Seite 4



Foto: Veampicture-alliance/Westend61